

DIE CLEMENCEAU-NOTEN VOM JUNI UND DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN INNERHALB DER PARTEI IN DER RÄTEREPUBLIK

von

BÉLA KIRSCHNER

Die Pariser Friedenskonferenz war infolge der an der Nordfront erzielten ungarischen Siege gezwungen am 5. und 7. Juni 1919 die tschechoslowakische militärische Lage, bzw. die ungarische Angelegenheit zu besprechen. Obwohl einige der Teilnehmer für eine militärische Intervention auf seiten der tschechoslowakischen Streitkräfte waren, wurde infolge der gegenteiligen Meinungen der Vorschlag Clemenceaus angenommen, an die Regierung der Ungarischen Räterepublik eine Note zu richten, in der die sofortige Einstellung des Vormarsches der Roten Armee gefordert, und als Gegenleistung hierfür die Einladung der ungarischen Regierung nach Paris in Aussicht gestellt wird.¹ Gleichzeitig erhielt aber Franchet d'Esperey die Aufgabe den Plan für eine Umgruppierung der militärischen Kräfte auszuarbeiten, mit Hilfe dessen ein Aufreiben der ungarischen Streitkräfte und der Beginn von militärischen Operationen gegen Budapest ermöglicht werden.²

Von dem Beschluss wurde der Revolutionäre Regierungsrat durch den Rundfunk und durch den ungarischen Gesandten in Wien, Ernő Czóbel unterrichtet, dem die Note der Leiter der französischen Mission, Allizé zugehen liess.

Die Note deutete — dem Vorschlag Clemenceaus entsprechend — tatsächlich an, dass die Ententemächte die Absicht hätten die Vertreter der ungarischen Regierung zur Friedenskonferenz einzuladen, „um ihnen die Gesichtspunkte bekanntzugeben, die sich auf die gerechten Grenzen Ungarns beziehen“. Im weiteren bezeichnete sie die ungarischen Operationen in der Tschechoslowakei für unbegründet, was sie damit zu beweisen versuchte, dass die Grossmächte die rumänische Streitmacht, sowie „die serbischen und französischen Truppen an der Südfront Ungarns“ zweimal zum Stehen gebracht hätten. Zugleich stellte sie fest, dass wenn der ungarische Angriff trotzdem fortgesetzt werden würde, die „verbündeten Regierungen . . . unverzüglich die äussersten Massnahmen ergreifen würden, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeit zu zwingen, und dazu, dass es sich dem unerschütterlichen Willen unterwerfe, mit dem die Verbündeten die Respektierung ihrer Befehle zu sichern gewillt sind“. Dies war ein Ultimatum, an dessen Schluss folgender Satz

stand: „Auf dieses Telegramm muss innerhalb von 48 Stunden geantwortet werden.“³

Dem mit der Unterschrift von Béla Kun am 9. Juni aufgegebenen Antworttelegramm, das mittels Rundfunk nach Paris gesandt und durch Ernő Czóbel zwecks Weiterleitung an Clemenceau auch Allizé zugestellt wurde, gingen zwei wesentliche Momente voran. 1. Bis zum 7. Juni war der erste Teil des Kriegsplans der Roten Armee gelöst, daher beschloss das Kommando der Roten Armee die Streitkräfte für den Feldzug jenseits der Theiss umzugruppieren. Auch die Realisierung dieses Plans erforderte die weiteren Kämpfe auf dem Gebiete der Tschechoslowakei. Den Plan der Umgruppierung der Kräfte hatte aber das Armeekommando auf Vorschlag des III. Korpskommandos – bekanntlich – am 9. Juni abends geändert, und im Sinne dessen kam es – obzwar der konkrete Plan des III. Armeekorps modifiziert wurde – zu der Entscheidung, noch vor Beginn des Feldzugs gegen die rumänischen Interventionisten mit der tschechischen Armee abzurechnen. Zu diesem Zweck sollen dem Plan gemäss „nördlich der Donau grössere Kräftegruppen zusammengezogen werden, die in westlicher Richtung zum Angriff übergehen, während sie die sich zur Zeit im Rückzug befindlichen Kräfte im Hernád- und im oberen Waagtal nur unter Kontrolle halten und durch den Vorschub einer Truppe in der Richtung von Ruttka die Räumung des Waagtales erzwingen.“⁴ 2. Obwohl in der oberen Führung der Räterepublik bedeutende Gegensätze bestanden haben, und die rechts orientierte Leitung Vorbereitungen traf auf dem Parteitag eine Wendung durchzuführen, erlitten die rechts gerichteten Gewerkschaftsführer, die auch Kunfi unterstützte, am 2. Juni eine Niederlage, und in der Veranstaltung vom 7. Juni zur Feier des nördlichen Feldzugs wurde die Weiterführung der Operationen so einmütig unterstützt, dass nicht nur Kun, Pogány, Nyisztor, sondern auch Haubrich, Böhm, ja sogar Jászai – der eine bedeutende Persönlichkeit in der Aktion von Ende Mai – Anfang Juni gewesen ist, die den nördlichen Feldzug der Roten Armee verhindern wollte – dafür eintraten.⁵

Als Folge von dem allen ging der auf die Clemenceau-Note gegebene Antwort, in der die sofortige Einstellung der Operationen zurückgewiesen wurde, in der oberen Führung der Räterepublik diesbezüglich kein Gegensatz voran. Und es ist auch völlig wahrscheinlich, was Ágoston in diesem Zusammenhang über das Verhalten der Arbeiterschaft und des Bürgertums schrieb: „Die Arbeiterschaft bewahrte in diesen Tagen – ist hier zu lesen – einen so übermenschlichen Ernst und eine solche Würde, dass man sich vor ihr verbeugen muss ... Das Bürgertum erregt das Angebot der Entente um vieles mehr als die Arbeiterschaft. Das Bürgertum zählte Ende April und Anfang Mai die Stunden, wie lange unsere Herrschaft noch dauern mag, allmählich fand sie sich darein, dass wir nicht abtreten, und litt förmlich unter unseren Siegen ... Die Arbeiterschaft hungert förmlich, und man kann sagen, dass sie nicht nörgelt.“⁶

Die Antwortnote der Räteregierung, die ein grossartiges diplomatisches Dokument war, vertrat einen ausserordentlich umsichtigen Standpunkt, und verursachte mit ihrer ruhigen, gelassenen Argumentation auf

der Friedenskonferenz eine bedeutende Wirrnis. Sie wandte nämlich die ungerechtfertigten Feststellungen der Clemenceau-Note auf ihre Kehrseite, und fasste einen Gegenantrag ab, der nicht nur von dem Recht der Räterepublik, sondern auch von einer realen Ermessung der historischen Situation Zeugnis ablegte. Sie deutete nicht nur an, dass die ungarische Regierung eine Einladung nach Paris mit Freuden begrüßen wurde, sondern auch das, dass „sie zu allem bereit ist, was zwischen den Völkern einem gerechten und angemessenen Frieden, einem gegenseitigen Verständnis dienlich ist, und dem Blutvergiessen ein für allemal ein Ende bereitet“.

Dieser erste und letzte Satz der Note war nicht blosse diplomatische Höflichkeit. Diese Sätze brachten einerseits zum Ausdruck, dass die ungarische Regierung ihrer bisherigen Politik entsprechend, von der objektiven Lage ausgehend, jene reale Tatsache, die die Friedenskonferenz bedeutet, anerkennt, anderseits legten sie jenen allgemeinen Grundsatz fest, dass sie einen Frieden wünscht, der Gerechtigkeit und Billigkeit widerspiegelt, der ein gegenseitiges Verständnis fördert. Diese Sätze wollten mit anderen Worten betonen, dass die Regierung nicht gewillt ist irgendeinen imperialistischen Standpunkt anzuerkennen, die Befehlserteilung der Konferenz einfach zur Kenntnis zu nehmen. Im übrigen bestand in der gegebenen historischen Situation keine Möglichkeit zur Darlegung der konkreteren Ansichten bezüglich des Friedens, da die Frage des ungarischen Friedens von zahlreichen, im voraus nicht überblickbaren Faktoren abhängig war. Ausserdem lag auch kein ausgearbeiteter ungarischer Standpunkt vor, da die Leiter der Ungarischen Räterepublik niemals in der Lage waren die Frage des Friedensvertrages als Realität prüfen zu können. Infolgedessen konnte an die Frage nur der gegebenen Situation entsprechend herangetreten werden, und so konnte über das Erwähnte hinausgehend einerseits der Standpunkt der Räterepublik in bezug auf das historische Ungarn festgelegt, anderseits jene Mindestbedingungen umrissen werden, die in der gegebenen Zeitspanne zwischen Krieg und Friedensschluss auch für Ungarn annehmbar erschienen. Diese Möglichkeit nutzte die Antwortnote auch aus, denn der zweite und der vorletzte Satz stellte fest, dass 1. die Ungarische Räterepublik gegenüber keinem einzigen Volk der Welt feindliche Absichten habe, dass sie mit allen in Freundschaft und Frieden leben wolle, da sie nicht den Standpunkt der territorialen Integrität einnimmt. 2. Im Interesse einer Einstellung der Operationen und Verwirklichung der Beschlüsse der militärischen Konvention vom 13. November, sowie zwecks provisorischer Lösung der Wirtschaftsfragen müsse sofort eine aus den Bevollmächtigten der interessierten Länder bestehende Kommission einberufen, und die Verhandlungen in Wien, unter dem Vorsitz des Vertreters einer der verbündeten Staaten unverzüglich aufgenommen werden.

Diese letztere Abfassung widerspiegelte den Anspruch auf eine Änderung der gegebenen historischen Lage, die die Verhandlungsbereitschaft, die Aufhebung der Wirtschaftsblockade und zugleich auch die Wiederherstellung der am 13. November festgesetzten Demarkationslinie

umfasste, weil – wie eine andere Feststellung der Note erklärte – standen die der Räterepublik feindlichen Truppen „diesseits der in der Konvention vom 13. November festgesetzten Demarkationslinie“. Damit wies die Note das Ultimatum, und nicht die Einstellung der Operationen und die Friedensmöglichkeit im allgemeinen zurück. Sie nannte jene Komponenten, die laut Ansicht der ungarischen Regierung geeignet waren diese Realität zu schaffen, oder zumindest zu fördern. Den historischen Tatsachen entsprechend widerlegte sie auch die Anschuldigung, dass die Räterepublik die Tschechoslowakische Republik angegriffen habe, sowie die Feststellung, dass der Rückzug der Interventionskräfte einfach eine Folge des Befehls der Entente gewesen wäre.⁷

Die Skizzierung der zur Schaffung des Friedens nötigen vorhergehenden Schritte seitens des Regierungsrates enthielt zweifellos auch den Anspruch, dass die Klärung eines Teiles der Probleme, die sich aus der Auflösung der Monarchie ergaben, die benachbarten Länder unmittelbar untereinander versuchen sollten. Der Hinweis auf die Demarkationslinie hingegen widerspiegelt die Berücksichtigung der Gegensätze zwischen den Grossmächten, und bezog sich auf die Möglichkeit langwieriger Verhandlungen. Die in der militärischen Konvention vom November 1918 festgesetzte Demarkationslinie wurde nämlich sowohl seitens der serbischen, wie auch der rumänischen Truppen in bedeutendem Masse überschritten, gleichzeitig beließ die Konvention in der Frage der Slowakei die „historischen“ Grenzen Ungarns. Wenn man natürlich auch nicht hoffen konnte, dass die Vereinbarung vom November massgebend sein würde, konnte man auch die sich revolutionierende Lage in der Slowakei nicht ausser acht lassen.

Von welcher Seite man auch die gegebene Situation prüft, brachte die Antwortnote die Pariser Friedenskonferenz in eine ausserordentlich unbequeme Lage, indem sie die Berufungen und Widersprüche der Clemenceau-Note so vorzüglich gruppierte, dass dies dazu führen konnte, dass die Konferenz entweder die bisherigen Tatsachen und die Widersprüche ihrer Note berücksichtigt, das dann den Vorschlägen der ungarischen Note entsprechende Schritte zur Folge hätte, oder lässt sie ihre eigene Note vom 7. ausser acht, womit sie sich wieder weiter blossstellen würde.

Nach Übergabe der Note konnte der Regierungsrat den Eindruck haben, dass sich die erstere Möglichkeit realisiert. Die aussenpolitische Information vom 11. Juni 1919 lautete nämlich so, dass der tschechoslowakische Beauftragte in Wien bei Übernahme der an Clemenceau gerichteten Antwort deren Inhalt mit Freude zur Kenntnis genommen habe. Gleichzeitig wurde die ungarische Regierung auch darüber unterrichtet, dass die Sitzung der Pariser Friedenskonferenz vom 10. Juni zu keiner Einigung führte, und dass die Engländer und die Amerikaner gegen eine Intervention sind, da „sie die ungarische Frage und die Angelegenheit der Monarchie für eine interne Angelegenheit betrachten wollen“. Die ungarische Regierung teilte im übrigen der italienischen Mission mit, dass sie es begrüßen würde, wenn der Vertreter Italiens den Vorsitz in der zusammentretenden Friedenskonferenz führen würde.⁸

Die Nachrichten über die Friedenskonferenz erwiesen sich insofern als stichhältig, dass es in den Sitzungen zu Plänkeleien kam, weil die englischen und amerikanischen Vertreter sowohl die tschechoslowakische, wie auch die rumänische Regierung wegen ihrer Aggressivität beschuldigten, womit sie freilich ihre eigene Verantwortung zu verringern trachteten. Damals tauchte auch der Gedanke auf – wovon aber die Leiter der Räterepublik nichts wussten – , dass als Gegenleistung für die Räumung der tschechoslowakischen Gebiete die Zurückziehung der rumänischen Streitkräfte auf die Demarkationslinie angeboten werden solle. Zwecks Besprechung dieser Frage kam es auch zu Unterredungen mit den tschechischen und rumänischen Leitern.⁹ In der am 10. Juni abgehaltenen Verhandlung wies jedoch der Vertreter Rumäniens den Gedanken, die Räumung durchzuführen ab. Die Konferenz änderte ihren Standpunkt trotzdem nicht, und setzte es zur Aufgabe, dass die Aussenminister die ungarisch – rumänische, bzw. die tschechoslowakisch – ungarische Grenzlinie festsetzen.¹⁰

Aus den die Note kommentierenden Artikeln der Zeitungen Vörös Újság und Népszava entfaltet sich ein Bild, wonach man in den ersten Tagen – wohl nicht einmütig und mit gewissen Vorbehalten – erwartet hatte, dass es eventuell zu bestimmten positiven Schritten kommt. Der Leitartikel der Vörös Újság vom 10. Juni erachtete es z.B. für möglich – obzwar er nicht mit Gewissheit damit rechnete – dass die Vertreter der Regierung nach Paris eingeladen werden, falls sich die Stärke des ungarischen Proletariats und die internationale Solidarität entsprechend gestaltet, und sich der Kampf zwischen Wilson und Clemenceau nicht zugunsten des letzteren entscheidet. Er fügte aber hinzu, dass „die Ungarische Räterepublik den Frieden wünscht und in dem sicheren Bewusstsein Frieden schliessen wird, dass dem Frieden der Gewalt die Revolution des Proletariats folgen wird, die die imperialistische Gewalt der Nachbarländer brechen und alles wiedergutmachen wird. Dem Frieden des Schwertes wird der Frieden der proletarischen Solidarität, dem imperialistischen Frieden der sozialistische Friede folgen.“¹¹ Der ausserordentlich interessante Artikel „Schwarze Internationale“ in der Zeitung Népszava vom 11. Juni 1919 berichtet nicht nur darüber, dass die Entente gezwungen war die Beziehungen mit Ungarn aufzunehmen, sondern auch darüber, dass „eine Realpolitik zu betreiben sei, und gerade im Interesse der Revolution müsse die momentane Lage, auch die Kräfteverhältnisse, vorsichtig und sorgfältig erwogen werden ... Die Taktik der Revolutionen muss der Situation, den Kräfteverhältnissen angepasst werden. Es wäre lächerlich zu behaupten – zieht er die Schlussfolgerung – dass sich eine sozialistische Regierung mit imperialistischen Regierungen in kein Gespräch einlassen dürfe. Es wäre auch lächerlich zu sagen, dass wir das Schema Wort für Wort kopieren müssen nach dem Genosse Lenin und die russische Revolution zur Zeit von Brest-Litowsk gehandelt haben. Die Taktik der Revolutionen kennt keine Schablonen. Auf das Telegramm Clemenceaus musste man eine Antwort geben, die der Stärke der Entent, der Stärke der Ungarischen Räterepublik und der derzeitigen Stärke der internationalen Revolution entspricht.“ Auch Béla Kun sprach in seiner

den Daily News erteilten Erklärung darüber, dass sie unbedingt zur Friedensverhandlung gehen werden, obwohl wenig Hoffnung darauf besteht, dass „die Beschlüsse der Friedenskonferenz auf die Bevölkerung des Landes auch nur im geringsten beruhigend wirken würden“, durch einen persönlichen Kontakt kann aber vielleicht doch mehr erreicht werden „als was wir mit unserem bisherigen Vorgehen erreicht haben“.¹²

Am 13. und 14. Juni wurde aber aus den Wiener Blättern bereits bekannt, dass die Pariser Friedenskonferenz über die Grenzen Ungarns und Rumäniens, sowie über die Grenzen Ungarns und der Tschechoslowakei entschieden hat. Dies bedeutete, dass die Friedenskonferenz sich der zweiten Möglichkeit bediente. Am 15. Juni, als die neuerliche Clemenceau-Note eintraf, wurde es dann endgültig klar, welchen Standpunkt die Grossmächte eingenommen hatten, und dies traf die Räterepublik zweifellos unerwartet.

Die allgemeinen Gesichtspunkte der vom 13. Juni datierten Note hat die Friedenskonferenz noch am 12. angenommen, die endgültige Abfassung hat am 13. der englische Aussenminister Balfour fertiggestellt. Das in Clemenceaus Namen abgesandte Telegramm teilte – bekanntlich – mit, dass sie den Feindseligkeiten ein Ende bereiten wollen, und daher die endgültigen Grenzen festgesetzt haben, wobei sie ihrerseits die Gerechtigkeit berücksichtigt, und eben darum von einer momentanen militärischen Besetzung, als von einer etwaigen Tatsache Abstand genommen haben. Es wurde festgelegt, dass die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien verpflichtet sind die Feindseligkeit sofort einzustellen „und die Pflicht haben sich innerhalb kürzester Zeit hinter die so festgesetzten Grenzen zurückzuziehen“. Zugleich wurde ultimaturnartig bestimmt, dass die ungarische Armee „innerhalb von vier Tagen von Mittag des 14. Junis gerechnet“ den Rückzug vom tschechoslowakischen Gebiet hinter die seitens der Konferenz festgesetzten Grenzen durchführen muss, widrigenfalls sich die verbündeten und assoziierten Mächte für berechtigt erachten vorzudringen, oder irgendwelche andere Massnahmen zu treffen ... Die rumänischen Truppen werden in dem Augenblick zurückgezogen, wenn die ungarischen Truppen die Tschechoslowakei räumen.“ Diesem wurde hinzugefügt, dass es erfordert wird, dass „die Rumänen während der Truppenbewegungen nicht beunruhigt werden, und keinerlei Versuch unternommen wird ihnen hinter die rumänische Grenze zu folgen.“ Schliesslich wurden die ungarischen Grenzen gegenüber den beiden Ländern bekanntgegeben.¹³

Gleichzeitig sandte die Friedenskonferenz auch an die Tschechoslowakei und an Rumänien Telegramme, ohne aber den in der ungarischen Note enthaltenen Sanktionen ähnliche Massnahmen abzufassen. Damit wurde gewissermassen auch die Möglichkeit angedeutet, dass Rumänien den Rückzug auch in dem Falle verweigern würde, wenn dieser ungarischerseits erfüllt wird.

Wie bereits erwähnt traf die Note am zweiten Tag des Rätekongresses, in den Mittagsstunden des 15. Juni ein, und zwar – wie es aus den Aufzeichnungen Agostons hervorgeht – nach Schliessung der Kongres-

sitzung dieses Tages, was laut Journal des Räteparlaments um 12 Uhr 25 Minuten erfolgt ist.¹⁴

Die erste meritorische Verhandlung über die Note fand, wie dies die Angaben bezeugen, im Hauptquartier zu Gödöllő statt.¹⁵

Sowohl die Denkschrift Böhm, wie auch ein im Jahre 1933 verfasster Artikel Béla Kuns, der auch auf diese Frage hinweist, erwähnen, dass Stromfeld, der Generalstabschef der Roten Armee für die Annahme des in der Clemenceau-Note geforderten Standpunktes war. Böhm bemerkt gleichzeitig, dass Béla Kun einen ähnlichen Standpunkt eingenommen habe. Hierauf folgte am Nachmittag oder abends die Sitzung der Parteileitung, wo die Ausgestaltung des Standpunktes im Zusammenhang mit der Note auf der Tagesordnung stand.¹⁶

Nachdem von der Sitzung kein Protokoll erhalten blieb, kann lediglich aus den späteren Memoiren, sowie aus der zur Verfügung stehenden Antwortnote einigermassen rekonstruiert werden, was hier eigentlich vorging. Wir wissen nicht, ob sämtliche Mitglieder der Parteileitung (Bajáki, Bokányi, Böhm, Garbai, Kun, Kunfi, Landler, Nyitsztor, Pór, Rudas, Vágó, Vántus, Weltner) an der Sitzung teilgenommen haben, und ob alle Mitglieder der Kontrollkommission eingeladen wurden, oder nicht. (Die Mitglieder der Kontrollkommission waren Haubrich, Horovitz, Pogány, Vanczák und Werner.) Laut Böhm's Denkschrift stimmte nämlich Vanczák gegen eine Annahme der Note. Stromfeld war gleichfalls unter den Geladenen, und nahm jetzt überraschenderweise ebenfalls für eine Abweisung der Note Stellung. In bezug auf die Sitzung der Parteileitung schreibt Böhm, dass bei der Mehrheit der Parteileitung die politische Überlegung siegte, und „die überwiegende Mehrheit der Parteileitung für den Rückzug stimmte“, aber ausser Stromfeld und Vanczák war auch László Rudas für eine Abweisung.¹⁷

Wahrscheinlich ist jedoch, dass mehrere für eine Abweisung gestimmt haben. Rudas schrieb in seinem oben bereits erwähnten Buch und Bettelheim in seiner zur gleichen Zeit verfassten Arbeit, dass in der Besprechung auch Landler entschieden gegen die Annahme der Note war.¹⁸ Dies bekräftigt auch das spätere Verhalten und die Tätigkeit Landler's, die darauf ausgerichtet war, den Rückzug zu verzögern, bzw. zu verhindern. Falls Pogány an der Sitzung teilgenommen hat, müssen wir aufgrund seiner leidenschaftlichen Rede vom 19. Juni darauf schliessen, dass auch er sich hinter Landler gestellt hat. Wir wissen nicht, inwieweit und in welcher Tiefe sich das, was Landler in seinem einige Jahre später verfassten Artikel schrieb, auf die Atmosphäre der Sitzung der Parteileitung bezogen hat, zweifellos wurde es aber laut, und schliesslich kam — wie wir sehen werden — ein eigenartiger Kompromiss zustande. Landler schrieb wörtlich folgendes: „Unter den Kommunisten herrschten zwei Strömungen. Der eine Teil wünschte, dass die Note entschieden zurückgewiesen werde, dass wir uns wieder an das Proletariat wenden und eine Stimmung schaffen sollen, die eine Wiederherstellung der im Laufe des Feldzugs gesunkenen Kampfbereitschaft der Roten Armee ermöglicht. Der andere Teil war der Meinung, dass man sich in Verhandlungen einlassen, die se mög-

lichst in die Länge ziehen und mittlerweile den Vormarsch fortsetzen müsse.“¹⁹

Dass ein Herankommen dieser Art an die Clemenceau-Note für Verlauf real betrachtet werden kann, das beweist in indirekter Form auch die Eintragung in Ágostons Tagebuch vom 15. Juni. „Ich weiss es noch nicht, ob wir dieser Aufforderung genügen werden. Falls wir ihr genügen – schreibt Ágoston –, gestaltet sich unsere Lage im Inneren, den Arbeitern gegenüber genauso wie den Nationalisten gegenüber, unmöglich, da wir die Arbeiter nutzlos zu den Waffen riefen, und die Nationalisten erfahren müssen, dass sich ihre Hoffnungen doch nicht verwirklichen, und dann werden sie auch keine Ursache haben sich nicht gegen uns zu wenden. Die Frage ist nun, was die ausländischen Sozialisten für uns tun können. Eine Frage ist freilich auch die praktische Realisierung der kommunistischen Aussenpolitik, die sich bisher immer auf den Standpunkt des Unterschreibens stellte, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie dies jetzt auch bei uns erwarten wird, um den Kommunismus auf diesem Gebiet zu retten. Ich denke, dass dies eine eitle Hoffnung ist. Auch wenn wir in der Frage der Grenzen nachgeben, werden sie uns doch nicht in Ruhe lassen und werden versuchen durch die Blockade uns zu vernichten. Und wenn nicht von Aussen, dann werden wir von Innen zu Fall kommen, denn die Unruhen der heimkehrenden Soldaten werden uns stürzen.“²⁰

Die Parteileitung nahm die Note grundsätzlich wohl an, doch in der Frage der Durchführung beschloss sie – wie Böhm schreibt –, dass „sie dem Oberkommando der Armee zwar die Vollmacht erteilt den Kampf im geeigneten Augenblick einzustellen, aber um Zeit zu gewinnen und um weitere Konzessionen zu sichern, wird der Rückzug doch nicht angeordnet“.²¹

Hierauf kam es zur Abfassung der Antwortnote, und parallel damit, oder unmittelbar nach endgültiger Fertigstellung der Note – auch die Antwortnote wies auf diese Tatsache hin – wandte sich Böhm mit einem Befehl an den Stand der Roten Armee. In diesem erörterte er die Clemenceau-Note und die darauf erteilte Antwort, und ordnete an, dass „die Operationen bis zum endgültigen Abschluss der militärischen Konvention einzustellen sind, die Truppen der Roten Armee haben an der Stelle zu bleiben, wo sie bei Erhalt des Befehls stehen“.²² Der Befehl wurde laut der im Blatt Népszava am 20. Juni 1919 erschienenen Reportage, in Gegenwart der politischen Kommissare von den Truppenkommandanten verkündet.

Die Antwortnote teilte neben einigen wichtigen allgemeinen, grundsätzlichen Feststellungen, die sich auf das Verhältnis der Ungarischen Räterepublik zu den Nationen und auf die Fragen des Krieges bezogen, als erstes mit, dass zur Einstellung der Feindseligkeiten Massnahmen getroffen, und seitens der Räterepublik die Einstellung der Kampfhandlungen angeordnet wurden. Gleichzeitig erwähnte sie aber, das letzteres infolge des Angriffs der tschechoslowakischen Streitkräfte nicht verwirklicht wurde, und die ungarischen Truppen gezwungen waren einen Gegenangriff durchzuführen. Im weiteren stellte sie fest, dass „bei dem heu-

tigen Stand der tschechoslowakischen Front ein Zurückziehen unserer Truppen und die Räumung der bezeichneten Gebiete zu dem Zeitpunkt, den das Telegramm als äusserste Frist bezeichnet, weder hinsichtlich der Befehlserteilung noch hinsichtlich des Betreibens der Durchführung nicht zu verwirklichen sind“.

Dem schloss sich auch die Mitteilung an, dass „die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik wie auch die des Königreichs Rumänien, bzw. deren Armeeoberkommandos ersucht wurden, mit entsprechenden Vollmachten versehene Militärpersonen als Parlamentäre auf unser Hauptquartier, oder an einen anderen vereinbarten Ort mit der Aufgabe zu entsenden, die Art und Weise der Räumung im Einvernehmen mit unserem Armeeoberkommando zu bestimmen“. Dies war die Ankündigung dessen, dass die Räteregierung jene Bestimmung der Note vom 13. Juni zu ändern wünscht, wonach die rumänische Räumung erst nach dem Rückzug der Roten Armee erfolgt, — deren Verwirklichung übrigens ausser mit dem Worte Clemenceaus durch nichts gesichert war. Hierauf folgte die wichtige kritische Bemerkung, dass „die verbündeten und assoziierten Mächte bis zum heutigen Tage keine Möglichkeit dazu boten, dass die lebenswichtigen politischen und wirtschaftlichen Wünsche der Räterepublik unmittelbares Gehör finden, ja, dass selbst die Grenzen nur zum Teil bekanntgegeben wurden.“ Im weiteren weist die Antwortnote die Grenzbestimmung wohl nicht ausdrücklich und eindeutig zurück, sie stellte jedoch fest, dass diese für eine durch das Recht des Schwertes festgesetzte Grenze zu betrachten ist, und dass innerhalb dieser Grenzen, unter den gegebenen Verhältnissen das blosse physische Dasein der Bevölkerung zu sichern unmöglich ist, dann erklärte sie, dass man auf die Gelegenheit warte, diese Tatsache der Friedenskonferenz auch datenmässig nachzuweisen. Gleichzeitig unterbreitete sie wiederholt die Bitte, man möge die Regierungen der Völker der einstigen Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu einer gemeinsamen Konferenz einberufen. Beachtenswert ist auch die Formulierung am Schluss der Note, die besagt, dass die Grenzbestimmung auch ausschliesslich von Ungarn bewohnte Gebiete abtrennt, und dass demzufolge in Ungarn eine Situation entsteht, in der der Kampf ums Dasein zum Krieg jedes gegen jedes wird.

Die Note ersuchte schliesslich die Friedenskonferenz, sie möge einerseits dahin wirken, dass tschechischer- und rumänischerseits die Angriffsoperationen eingestellt werden, andererseits — und dies konnte jetzt schon als Bedingung betrachtet werden — möge man der tschechischen und rumänischen Partei Weisung erteilen, in der seitens der ungarischen Regierung bezeichneten Weise vorzugehen, mit der Räterepublik unmittelbar in Fühlung zu treten, „die beiden Regierungen mögen das ihnen übermittelte Ansuchen erfüllen“.²³

In der Antwortnote, die am 16. Juni mittags abgesandt wurde, nahm man also die Weisungen der Entente vom 13. Juni — wie dies auch Böhmschrieb — grundsätzlich an, die praktische Durchführung wurde jedoch von einigen konkret formulierten Bedingungen abhängig gemacht, ferner wurde die Türe dazu offen gelassen, dass die Vertreter der Räterepublik

einige als Ansuchen formulierte Standpunkte auch als Bedingung interpretieren können. Ausserdem enthielt die Note auch die Möglichkeit neuerer Verhandlungen und erachtete unbedingt mehr Zugeständnisse für nötig, oder vertrat zumindest die Verwirklichung von Meinungsaustauschen über solche. Die an Clemenceau gesandte Antwort enthielt also solche Formulierungen, aus denen man nicht notwendigerweise auf eine Erfüllung des in der Note vom 13. Juni Enthaltenen in der Weise schliessen konnte, wie es sich die Verfasser vorgestellt haben. Die Räteregierung wollte nämlich eine Situation schaffen, in der sie als anerkannt souveräne Partei auftritt, und wollte solche Möglichkeiten sichern, die eine eventuelle Korrektur des in der Ententenote Enthaltenen und eine gewisse aussenpolitische Sicherung des Bestandes des Proletarierstaates ermöglichen. Die Antwortnote enthielt demnach in einzelnen Beziehungen eine stark modifizierte Form der Entente-Forderungen und umriss auch etwaige spätere Änderungen.

Natürlich ist der Unterschied zwischen der Note vom 9. Juni und jener vom 16. Juni ausserordentlich gross. Dies hing nicht nur damit zusammen, dass das Auftreten der Entente eine gefährlichere, bedrohlichere Lage geschaffen hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach trug auch der Faktor hierzu bei, dass der Feind am Kriegsschauplatz nach dem 10. Juni offensiv aufgetreten war, und mehrerorts auch an Raum gewann. Am 16. Juni aber traten die tschechoslowakischen Truppen in der gesamten Breite der Nordfront zum Angriff an. Eine wesentliche Rolle dürfte aber auch die ausserordentlich scharfe Spannung gespielt haben, die sich auf dem Parteikongress zwischen den Kommunisten und den oppositionellen sozialdemokratischen Leitern entwickelt hat. Die in der Sitzung der Parteileitung zutage getretene scharfe Polemik konnte man nicht für völlig zufällig betrachten. Ausserordentlich bedenklich ist die Rolle Böhms, namentlich im Vergleich zu seinem Verhalten am 7. Juni. Und Böhms Standpunkt konnte nicht ausser acht gelassen werden, weder als der eines der angesehensten sozialdemokratischen Leiter, noch als der des Oberkommandanten der Armee. Gleichzeitig brauchte die Räterepublik auch Zeit zum Atemholen, und es schien eine Möglichkeit zu geben, dass der Proletarierstaat nicht nur verliere, sondern auch etwas gewinne. Bei Béla Kun wirkte auch das Beispiel des „Friedens von Brest“, im Zusammenhang mit einer bestimmten Beurteilung der internationalen Kräfteverhältnisse kräftig mit, die er am 19. Juni in der aussenpolitischen Debatte des Rätekongresses eingehend erörtert hat, und auf das wir später noch zurückkommen. Es vermischten und zeigten sich also Überlegungen, Absichten und Wirkungsfaktoren mit positivem und negativem Vorzeichen in gleicher Richtung.

In Berücksichtigung der internationalen und innenpolitischen Verhältnisse ist es zweifellos, dass eine schroffe Zurückweisung der Ententenote den politischen Realitäten widersprochen hätte, wie auch eine Durchführung der Note ohne jede Abänderung ausserordentlich bedeutende Komplikationen nach sich gezogen hätte. Zugleich charakterisierte die Antwortnote auch eine gewisse Gleichgewichtslage in der oberen Partei-

leitung. Was das Verhalten Vanczaks betrifft, können mehrere Mutmassungen in Betracht gezogen werden: seine Stimme war nicht ausschlaggebend, oder hielt er die Liquidierung der Räterepublik in dem Falle für möglich, wenn die Note abgewiesen wird, und schliesslich, dass er in dieser Frage das Interesse der Arbeiterklasse vor Augen hielt.

Nach dem 16. Juni wurden die Kämpfe fortgesetzt, und wegen des Angriffs der tschechoslowakischen Armee war das Armee-Oberkommando der Roten Armee am 17. Juni gezwungen den Befehl zur Weiterführung der Operationen zu erteilen. Aus dem kurzen Bericht über diesen Beschluss erfuhr das Land um einen Tag später, dass die militärischen Operationen auf Aufforderung der Entente unsererseits vorher für einige Zeit suspendiert wurden.²⁴

Die Verfügung des Armee-Oberkommandos stand im übrigen nicht im Widerspruch zur Clemenceau-Note, da ja in dieser von einer gegenseitigen Einstellung der Feindseligkeiten die Rede war, und sie entsprach auch der Richtlinie der ungarischen Antwortnote. Ein Rückzug der ungarischen Truppen hätte nämlich die Möglichkeit von nur auf gegenseitiger Basis vorstellbaren Konzessionen gefährdet, die Erfolge der ungarischen Truppen hingegen hätten ein entschiedeneres Auftreten der Führer der Räterepublik, als Gegengewicht für die Forderungen der Entente gesteigert. Ausserdem durfte auch die Möglichkeit nicht ausser acht gelassen werden, dass die Fortsetzung des Krieges seitens der Tschechoslowakei eben das zum Ausdruck bringen wollte, dass die Note vom 13. Juni in Wirklichkeit bloss ein Manöver war.

Es scheint, dass auch die Ausrufung der Slowakischen Räterepublik von den obigen Zusammenhängen nicht völlig abstrahiert werden darf, obwohl bei ihrem Zustandekommen nicht dies der primäre Standpunkt war. Bekanntlich haben sich die Führer der Räterepublik nicht zur Konzeption eines historischen, integren Ungarns bekannt. Auf die seitens Tschitscherins in dessen Telegramm vom 9. Juni gestellte Frage, ob den Slowaken nicht das Selbstbestimmungsrecht erteilt werden sollte, konnte Béla Kun der tatsächlichen Lage entsprechend antworten: „Für die Ausrufung der Slowakischen Räterepublik sind alle Vorbereitungen getroffen. Die Ausrufung wird innerhalb kürzester Zeit erfolgen. Unsere Nationalitätenpolitik ist leninistisch.“²⁵ Es konstituierte sich nicht allein ein besonderer slowakischer Regierungsrat, sondern es kam auch keine Föderation der beiden Räterepubliken zustande. Das Ziel war nämlich – wie es Janousek, der Vorsitzende des Slowakischen Regierungsrates formulierte – dass die Tschechoslowakische Republik später mit Ungarn und mit Ukrainisch-Russland eine Föderation bilde.²⁶

Die am 16. Juni erfolgte Konstituierung der Slowakischen Räterepublik war eine republik war eine Folge der internationalistischen Nationalitätenpolitik der Ungarischen Räterepublik und der in der Slowakei zur Revolution gereiften historischen Lage. Aus diesem grundlegenden Zusammenhang ausgehend kann das Zustandekommen der Slowakischen Räterepublik und die grundsätzliche Annahme der Clemenceau-Note nicht für gegensätzlich betrachtet werden. Während am 16. Juni von der Real-

sierung des slowakischen Selbstbestimmungsrechtes die Rede war, handelte es sich in der Antwortnote um den Rückzug der ungarischen Truppen und um die Festsetzung der Grenzen Ungarns. Als die mit der Unterschrift von Béla Kun abgesandte Note des Problem der von Ungarn bewohnten Gebiete aufwarf, stand dies auch mitem d politischen Grundsatz bezüglich der Nationalitäten in Zusammenhang, wonach die in den Grenzgebieten der benachbarten Staaten lebenden Nationalitäten das Recht haben zu entscheiden, zu welchem Staate sie gehören wollen, und dass dies nicht mit dem Recht des Schwertes entschieden werde. In der Ungarischen Räterepublik bekannte man sich zu dem Grundsatz, dass die nationalen Minderheiten auch in Relation zweier sozialistischer Länder das Recht haben über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden, da den Grenzen in dieser Beziehung keine Bedeutung zugemessen wurde.

Was demgegenüber die durch di Note vom 13. Juni hervorgerufene Situation betrifft, hätte man im Falle der Durchführung des in der Note vom 13. Juni Enthaltenen objektiv mit einer Verteidigung der Slowakischen Räterepublik den Tschechen gegenüber rechnen müssen. Diesen Zusammenhang deutet übrigens auch Ágoston in seinem Tagebuch an.²⁷

Zweifellos ist, dass diese Frage in dem von Kun am 19. Juni gehaltenen Referat und in der Antwort nicht so konkret formuliert war. Der Hinweis aber, dass die Nachbarvölker ihre Antwort den Imperialisten in Form der Revolution des Proletariats zu geben haben, schloss obigen Zusammenhang — in Berücksichtigung dessen, dass in einem Teil der Slowakei bereits die Revolution des Proletariats siegte — offensichtlich nicht aus. Ausserdem konnte die Ausrufung der Slowakischen Räterepublik objektiv die Entwicklung einer Situation fördern, die die Möglichkeit neuerer Verhandlungen, oder zumindest eine Atempause zur Folge gehabt hätte. Falls es aber doch nicht zum Rückzug käme, würde die Zusage des Selbstbestimmungsrechtes die Verbrüderung und die revolutionäre Stärke der beiden Völker unbedingt nur kräftigen.

In der wiederholt erwähnten Sitzung des Rätekongresses vom 19. Juni wurde es auch nicht eindeutig klar, ob und in welcher Weise es zum Rückzug und zum Friedensschluss kommt, obwohl im Referat Béla Kuns in bezug auf die Annahme ein entschiedenerer Standpunkt formuliert wurde, als dies in der Note vom 16. Juni der Fall war. Aber auch der Standpunkt und der Resolutionsantrag Kuns enthielten Widersprüche, obzwar ein Teil derer an das tschechoslowakische Verhalten und an den Umstand gebunden war, dass sich allgemeine aussenpolitische Prinzipien mit der in der konkreten aussenpolitischen Situation verfolgten Politik vermischten.

Béla Kun bewies eingangs einerseits den reaktionären Charakter der sog. Friedenspolitik der Ententemächte, andererseits verwies er auf die zwischen den Ententestaaten bestehenden Gegensätze. Aus dem ersten Teil der Analyse zog er die Folgerung, dass Ungarn gezwungen war den Frieden auf anderen Wegen zu suchen, wie dies der Wilsonismus bedeutete, aus dem zweiten Teil hingegen die, dass die Räterepublik ihre internationale Politik auch auf den zwischen den imperialistischen Staaten

bestehenden Gegensätzen aufbauen muss. Was dies letztere betrifft, kam es jedoch — wie bereits erwähnt — auch zu übertriebenen Feststellungen. So behauptete er unter anderem, dass die Entente den Frieden unmöglich lösen, oder Ungarn gegenüber einheitlich auftreten könne.²⁸

Hierauf erörterte er seinen Standpunkt in bezug auf die Clemenceau-Note. Kun ging davon aus, dass die geschaffene Lage „eine umfangreiche und tiefe Überlegung erfordert“. Die Grenzen sind einerseits noch nicht völlig festgesetzt, anderseits — und hier wiederholte er das, was auch in der Antwortnote enthalten ist — gewährleisten diese Grenzen die Lebensbedingungen des Proletariats nicht. Seiner Ansicht nach bestand jedoch nur folgende Wahl: „Entweder wählen wir, dass wir uns auf dem Gebiet des so umgrenzten Landes gegenseitig auffressen, oder wir kämpfen, und andere fressen uns auf, oder dass der Frieden in irgendeiner Form jenen aufgezwungen wird, die uns auffressen wollen.“²⁹ Kun verwarf im folgenden Teil seiner Rede die Fortsetzung des revolutionären Kriegs, darüber aber, was zu tun sei, sagte er nur, dass er sich nicht auf den Standpunkt einer „brüskten Zurückweisung“, „auf den Standpunkt sich in kein Gespräch einzulassen“ stelle, sondern dass er den Frieden, die Einstellung des Blutvergiessens will und anstrebt, aber einen anständigen, zumindest relativ anständigen Frieden, denn „jeder Frieden kann für uns nichts anderes sein, wie ein Brester oder Bukarester Frieden, den die Revolution unbedingt über den Haufen wirft, und den die Revolution unbedingt zunichte macht“.³⁰

Letztere Folgerung wünschte er vor allem mit der — seiner Meinung nach — notwendigerweise erfolgenden deutschen und österreichischen Revolution begründen, doch verwies er auch auf die sich revolutionierende Lage in der Tschechoslowakei, sowie auf die französischen und italienischen Solidaritätsbewegungen. Zweifellos war die Auswertung positiver als die Wirklichkeit, obwohl der Bericht in bedeutendem Masse auch reale Elemente enthielt. Von dieser Auswertung konnte aber auch eine gegensätzliche Folgerung gezogen werden. Andere Argumente brachte er aber nicht vor, und so konnte sein Standpunkt den Teilnehmern nicht für völlig begründet erscheinen, selbst dann nicht, wenn er unter den Beantwortungsmöglichkeiten — wie bereits angeführt — auch seinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat, dass ein weiterer Krieg Gefahr und Niederlage bedeuten würde.

Nach den positiv charakterisierten internationalen Vorgängen betonte Kun in seinem Referat wieder, „dass — wenn es mit Anstand geht — wir doch einen provisorischen Frieden schliessen sollen“. Allerdings fügte er hinzu, dass die Verhältnisse diesen Standpunkt in 24 Stunden ändern können, „denn es ist möglich, dass wir etwas ganz anderes für den Interessen des Proletariats entsprechend, für die Interessen des Proletariats fördernd halten werden“.³¹

In bezug auf die Clemenceau-Note bezeichnete er in der gegebenen Situation als einzige Antwort, dass über den Frieden verhandelt werden muss. Diese allgemeine Folgerung führte er aber nicht weiter aus, sondern sprach nach dem Hinweis auf die notwendigen Verhandlungen mit der

Pariser Friedenskonferenz sofort über die Einberufung einer Konferenz mit den benachbarten Staaten. Die Notwendigkeit der Konferenz begründete er teils damit, dass die diktatorischen Bestrebungen der Entente dadurch ausgeglichen werden können und müssen, teils damit, dass diesen Schritt auch der Umstand erfordert, dass die Nachbarstaaten wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind. Die Möglichkeit der Konferenz aber erklärte er unter anderem damit, dass die tschechischen Sozialisten die tschechische Regierung bald zu diesem Schritt zwingen werden. Zugleich bemerkte er, dass das Proletariat dieser Länder darauf aufmerksam zu machen sei, dass die Diktatur des Proletariats keine nationale Unterdrückung will, und dass „die Parole des Proletariats nicht die Bildung kleiner Staaten, sondern eine tunlichst umfangreiche Föderation des Proletariats ist“.

Sodann wandte er die Aufmerksamkeit auf den – im Falle eines etwaigen Friedensschlusses – notwendigerweise in Erscheinung tretenden Angriff gegenrevolutionärer Kräfte, und auf die Absicht der Entente, diese zu unterstützen. Als Bedingung für eine Vereinbarung bezeichnete er – und erklärte jetzt damit, was er unter anständigeren Frieden versteht – eine „*ordentlichere*“ Grenzfestsetzung.³²

Diese Frage kam in dem Resolutionsantrag, der übrigens auch das Selbstbestimmungsrecht, die Konzeption der föderativen Republik und ein Bündnis mit den Proletarierstaaten, das Prinzip der friedlichen Koexistenz, die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der Staaten der gewesenen Monarchie, die Gutheissung der in Richtung der Friedensschlüsse unternommenen Schritte und des Beschlusses des Regierungsrates im Zusammenhang mit der Clemenceau-Note umfasst hat, in entschiedener Form zum Ausdruck. Der letzte Punkt war nämlich – wörtlich – der folgende: „Der Kongress der Räte billigt hinsichtlich der Sicherung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen auch alle Massnahmen des Regierungsrates, mit denen sich dieser jeder imperialistischen Eroberungs- und Aushungerungspolitik widersetzt. Er erklärt aber, dass er mit jenen Teilen des befreiten Gebietes, deren Bevölkerung nicht der ungarischen Nation angehört, nur in föderativer Gemeinschaft zu leben wünscht.“³³ Schliesslich sprach Béla Kun über eine strenge, konsequente Handhabung der Diktatur und das Schaffen eines organisierten Wirtschaftslebens.³⁴

Aus dem Referat Béla Kuns geht also klar jener Standpunkt hervor, dass man trachten müsse Zeit zu gewinnen, und die Note so aufzufassen sei, dass deren grundsätzliche Annahme die Bedingung für Verhandlungen schaffen kann, und die Möglichkeit gewährleistet, dass die Räterepublik zum Frieden gelange. Eine Vereinbarung kann demgegenüber nur erfolgen, wenn Grenzberichtigungen durchgeführt werden. Gleichzeitig hielt es den Frieden in Unkenntnis der Absichten der Gegner nicht eindeutig für realisierbar, was am klarsten aus dem letzten Punkt des Resolutionsantrags ersichtlich ist.

Nach dem Referat Béla Kuns kam es zu einer ausserordentlich scharfen Debatte. Als erster ergriff József Pogány das Wort, der sich mit der Rückziehung der Roten Armee nicht einverstanden erklärte, was er aus-

ser psychologischen Motiven vor allem mit der Grenzfrage begründete. Er gab auch seiner Vermutung Ausdruck, dass der Schritt der Entente der Vorbereitung eines neuerlichen allgemeinen Angriffs diene, worauf er daraus schloss, dass die Imperialisten die Blockade nicht auflösen wollten, nicht die Verpflichtung einer gleichzeitigen Räumung vorschrieben und auch die südlichen Grenzen nicht bestimmt haben. Mit Hinweis auf das Problem der befreiten Gebiete aber kam er zur Schlussfolgerung, dass wir den Frieden, dessen wir unbedingt bedürfen, „nur um den Preis eines neuen Krieges erhalten können“. Am Schluss seines Diskussionsbeitrages nahm er aber sowohl die Antwortnote, wie auch den von Béla Kun vorgelegten Resolutionsantrag mit der Bedingung an, dass es statt eines wirklichen Friedens nicht zum Abschluss eines „Scheinfriedens“ komme, da man sich den wahren, ehrlichen Frieden nur mit ernstesten Kriegsvorbereitungen „erkämpfen“ kann.³⁵

Pogány wandte in seiner Rede die Aufmerksamkeit zweifellos auf tatsächliche Gefahren, und rechnete bis zum Schlusssatz nur damit, dass es für die Lösung eines Teiles der von ihm aufgeworfenen Probleme keine Möglichkeit gibt. Hierzu gesellte sich auch noch die grundsätzliche Überlegung, dass — falls es zu einem Friedensschluss käme — dies eine Entfernung von dem Proletariat der Entente nach sich ziehen würde. Er betrachtete also die Clemenceau-Note für ein Manöver, dessen Realisierung nur zum Sturz der Räterepublik führen könnte. Sein Schlusssatz stand demnach im Gegensatz zu seinem ganzen Gedankengang, und folgte aus seiner Argumentation logisch nicht. Dass er dennoch verklugen ist dürfte damit im Zusammenhang stehen, dass man mit der gegebenen Situation doch rechnen musste, daher konnte auch er sich gewisse weitere Schritte zwecks Beseitigung eines Teils der von ihm betonten Gefahren als durchführbar vorstellen.

Gyula Hajdu aber, der zwar entschieden dafür eintrat, dass man an dem Grundsatz festhalten müsse, wonach die Werktätigen selbst über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden haben und auch damit polemisierte, dass die Unterfertigung des deutschen Friedensvertrags zur Revolution führe, erklärte das in der Clemenceau-Note Enthaltene in dem Falle für durchführbar, wenn die Entente die Aufhebung der Blockade garantiert. Im entgegengesetzten Fall hielt er eine Zurückweisung für zweckmässig.³⁶ Tibor Szamuely hingegen ging von dem grundsätzlichen, obzwar zweifellos übertreiben linksgerichteten Standpunkt aus, dass wenn der Kampf vorübergehend oder endgültig eingestellt wird, würde das „die Aufgabe des Kampfprinzips bedeuten, es würde bedeuten, dass wir jenen Kampf aufgeben, dessen Ziel die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der Welt ist“. Ausserdem hielt er es für ausgeschlossen, dass man zu gleicher Zeit mit den Imperialisten Frieden schliessen und im Inneren gegen die Kapitalisten kämpfen kann. Im weiteren Teil seines Diskussionsbeitrags wiederholte er nicht nur die mit den südlichen Grenzen verbundenen Probleme und was in bezug auf die weiteren Friedensbedingungen zu erwarten sei, sondern zog auch die Schlussfolgerung, dass sich eine historische Situation ergeben habe, in der der Gegner im

Zustand des Verkommens ist. Alles zusammenfassend stellte er fest, dass man mit der Entente nur dann „irgendeinen Vertrag abschliessen“ könne, wenn man genau weiss, was sie fordert, was sie in Tausch gibt, und wenn die Konzessionen sich sowohl für das ungarische, wie auch für das russische Proletariat ergeben.³⁷

Hierauf folgte die von Kunfi gehaltene Rede, die die problematischesste war und die zweifellos einen Defätismus zum Ausdruck brachte. Es ist unbestreitbar, dass der Inhalt seiner Rede nur aufgrund einer sorgfältigen Analyse offenbar wird. Kunfi hatte nämlich in einer Reihe von Fragen anscheinend recht, und er war bestrebt auch solche Folgerungen, die auf den ersten Blick als negativ erkannt werden konnten, so zum Ausdruck zu bringen, als ob seine Absicht ausschliesslich der Schutz der Diktatur des Proletariats wäre. Auch ein Teil der Gegenreagierungen bezog sich nicht auf das, was er hier sagte, sondern was er ehemals tat, was Ende Mai und Anfang Juni einen der Diktatur des Proletariats feindlichen Sinn hatte.

Kunfi diskutierte mit Szamuely und Pogány, obwohl zu bemerken ist, dass auch er damit einverstanden war, dass man von der Entente die Freiheit des Wirtschaftsverkehrs und das fordern muss, dass sie sich in die inneren Angelegenheiten der Räterepublik nicht einmische.³⁸ Kunfi führte den Gedanken Szamuelys und Pogánys ad absurdum (er bezichtigte sie des sozialistischen Messianismus), und bezeichnete das Wesen ihrer Reden damit, dass sie aufgrund des Verkündens der welterlösenden Rolle darin einer Meinung sind, dass das ungarische Proletariat „wenn nötig, verblute und zugrunde gehe“, und dass der Krieg des Proletariats so lange fortgesetzt werden muss, bis Schritt für Schritt alle Staaten frei werden. Als einzige Pflicht bezeichnete er die Erhaltung der Diktatur des Proletariats in Ungarn, deren einzige internationale Pflicht aber ist, mit der Kraft des Beispiels zu wirken. Die Lage des Proletariats der befreiten Gebiete konnte und durfte man – seiner Meinung nach – nur so betrachten, wie die Frage des Proletariats in Deutschland oder Österreich. In Anwendung der Folgerung Kuns, wonach nur die Möglichkeit eines dem von Brest-Litowsk ähnlichen Friedensbestehes, und richtig polemisch mit Szamuelys Folgerungen, die sich auf das Verhältnis zu den Kapitalisten des Landes bezogen, wies er im wesentlichen das Bestreben, dass die Räterepublik mit der Entente Verhandlungen pflege, zurück, da die Entente „mit dieser Räteregierung nicht verhandeln wird ... von hieraus bitten wir von der Entente vergebens einen Frieden, vergebens wünschen wir Friedensverhandlungen, denn zu einer Verhandlung sind zwei Parteien nötig, und diese dort werden mit uns wahrscheinlich nicht verhandeln wollen“. Diese Auffassung ist auf den ersten Blick als retrograder Standpunkt zu erkennen, sie widerspricht auch der Brest-Litowsker Friedenskonzeption, und ist grundlegend als eine Hinnahme des totalen Ausgeliefertseins aufzufassen. Kunfi war sich offenbar selbst damit im Klaren, dass ein solcher Standpunkt unannehmbar ist, und darum wiederholte er nicht nur die Notwendigkeit einer Kräftigung der Proletariardiktatur, sondern erklärte auch – unter Hinweis darauf, dass

der Kapitalismus keinen Frieden schaffen kann — dass nicht der Frieden das Wichtigste ist, sondern die Einstellung des Kampfes, wodurch eine Kräftigung der Räterepublik ermöglicht wird. Kunfi aber, statt auszulegen, was er unter Kräftigung versteht, wie er sich eine solche in einer Situation, die er selbst als angenommen betrachtet, vorstellt, betonte auch noch die Anklage, dass ein neuer Militarismus im Entstehen sei, der nur die kriegerischen Tugenden anerkennt.³⁹ Allerdings warf er diese Frage nur im allgemeinen auf, ebenso wie die Verwirklichung einer Verbrüderung aller Menschen der Welt, als ein nach Abschluss der Revolutionen in Erscheinung tretendes Erfordernis, tatsächlich bedeutete aber das nichts anderes, wie das Wesentliche seiner im Kongress erörterten Folgerungen, bloss in einer anderen Abfassung, nämlich, dass man der Bourgeoisie gegenüber Humanität üben muss, was er jetzt noch damit ergänzte, dass die Frage des Heeres in der Folge von einem anderen Gesichtspunkt aus zu betrachten ist.

Es kann nicht als Zufall angesehen werden, dass in der Folge auch die mit Kunfi polemisierten, die den Bericht Béla Kuns aufgrund verschiedener Überlegungen angenommen haben, aber auch jene, die Vorbehalte hatten. Kunfi hat nämlich — wie wir sehen konnten — sowohl bezüglich der konkreten Lage, wie auch des Sozialismus und der internationalen Solidarität einen Standpunkt entwickelt, der objektiv in jeder Weise einen Opportunismus zum Ausdruck brachte, und der im Falle einer Realisierung nur zur Schwächung der Räterepublik führen konnte.

Albert Király z.B., der es für möglich hielt, dass die Regierung einen dem Frieden von Brest ähnlichen Frieden annehme, debattierte mit Kunfi darüber, dass man die internationale Revolution ausser Kalkül lassen kann. Eine bedingungslose Räumung der befreiten Gebiete aber wies er zurück, und da er es nicht für wahrscheinlich hielt, dass sich die Möglichkeit eines Brester Friedens ergibt, beantragte er die Rüstung zum weiteren Kampf.⁴⁰ Kellner hingegen ging von den unterschiedlichen Lagen Russlands im Jahre 1918 und Ungarns im Jahre 1919 aus, und wies auch den Standpunkt Kunnis zurück, dass es gleichgültig sei, wie klein das Gebiet ist, auf das die Räterepublik zusammenschrumpft. Kellners Meinung nach würde dies von Hunger und dem Angriff gegenrevolutionärer Banden begleitet sein. Und da er der Ansicht war, dass eine Aufhebung der Blockade keine Lösung bedeuten würde, die Entente aber keine Waren liefern könnte, hielt er eine Zurückweisung der Note für zweckmässig.⁴¹

Während der folgende Redner János Tóth (ohne Namen) mit Kunfi debattierte und ein Übereinkommen zurückwies, führte János Opre mit ihm eine konkrete Polemik und hielt selbst ein Verhandeln nur in dem Fall für möglich, wenn sich die Besatzungstruppen an die alten Grenzen Ungarns zurückziehen. Letztere Forderung beantragte er als solche, die auch in das an Clemenceau abzusendende Antworttelegramm aufzunehmen ist.⁴² Károly Sárkányovszky setzte gleichsam den Gedankenfort, dass die Auflösung der Blockade keine konkreten Ergebnisse zeitigen würde, und sagte, dass „auch über die Frage einer Garantie nicht diskutiert werden kann. Weder Genosse Kunfi, noch jemand anderer kann

eine Garantie bieten. Eine Garantie vermag ausschliesslich die rohe Gewalt der Waffen gewähren.“ Und den Rückzug bezeichnete er als einen Schlag für die internationale Revolution.⁴³ In seinem Gedankengang waren übertrieben linksgerichtete Überlegungen und Komponenten ebenso anzutreffen, wie die Angst und Besorgnis in bezug auf das weitere Schicksal der ungarischen Proletariardiktatur. Brandstein, der sich dem Problem vielfach in ähnlicher Weise näherte wie Kunfi, und mit jenen polemisierte, die Kunfi angriffen, war auch nicht in allem einer Meinung mit ihm. So setzte er zur Bedingung des Friedensschlusses, dass dieser annehmbar sei, und am Verhandlungstisch, in gegenseitigem Einvernehmen erfolge. Er hielt einen Frieden für notwendig, „der diesem Land die wirtschaftliche Möglichkeit zum weiteren Fortkommen sichert, der auch eine wirtschaftliche Möglichkeit dafür gewährleistet, dass es die neueren, wirklich revolutionären Truppen der internationalen Revolution abwarten könne ...“ Er fügte noch hinzu, dass er im Resolutionsantrag Kuns eine derartige Möglichkeit erblickt, wenn aber der Friedensschluss den Bestand der Räterepublik, die elementaren Bedingungen hierzu doch nicht gewährleisten würde, dann müsse der Kampf fortgesetzt werden.⁴⁴

Hierauf folgte die Antwort Béla Kuns. Ohne eine eingehendere Begründung anzuführen setzte er als grundlegend fest, dass die Lage der internationalen Revolution keine andere Aussenpolitik ermögliche, wie jene, die im Resolutionsantrag formuliert wurde. Seiner Meinung nach wird allein diese Politik die Möglichkeit für eine zukünftige andere Aussenpolitik sichern. Dieser Standpunkt war gleichbedeutend damit, dass die Debatte die Überzeugung Kuns nicht erschüttert hatte, dass unter den gegebenen Verhältnissen anders zu handeln sei, wie er es im Resolutionsantrag formuliert hat. Jetzt aber führte er seine Ansicht entschiedener aus, dass es sich nur um einen vorübergehenden Zustand handelt, was er damit erklärte, dass sowohl in Österreich, wie auch in Deutschland und in Westeuropa die Revolution notwendigerweise ausbrechen wird. Zugleich trat er scharf gegen jene Formulierung grundsätzlichen Charakters der Rede Kunfis auf, die sich auf die Fragen des Bourgeois-Pazifismus, des Militarismus, des Proletarier-Messianismus und des Internationalismus bezog. Ausserdem setzte er jedoch entschieden und richtig fest, dass nicht allein das ungarische Proletariat eine revolutionäre Berufung habe, und dass man von Aussen her keine Revolution machen könne. Was aber die Frage der befreiten Gebiete betrifft, wies er darauf hin, dass die Revolution im Inneren zu realisieren ist, und dass es auch in der folgenden Zeit Pflicht der Ungarischen Räterepublik sein wird, dass sich auf diesem Gebiet der Internationalismus nicht allein in Worten, sondern auch in Taten äussere.⁴⁵

In der hierauf folgenden Abstimmung wurde der vorgelegte Resolutionsantrag mit Stimmeneinheit angenommen. Mit dieser Tatsache endete ein bedeutender Abschnitt der im Zusammenhang mit der Clemenceau-Note entstandenen Lage.

Wenn wir eine Bilanz ziehen wollen, müssen wir mehrere Tatsachen berücksichtigen. In der Periode zwischen dem 15. und 19. Juni wurde es

zur entschiedenen Tatsache, dass die Clemenceau-Note durchgeführt wird, sofern gewisse Modifikationen erzielt werden können, und die in der Antwortnote bestimmten Methoden berücksichtigt werden. Die militärischen Operationen werden eingestellt, wenn die feindlichen Angriffe gegen die Räterepublik aufhören, das heisst, wenn ein Waffenstillstand zustande kommt. Gleichzeitig zeigte der 19. Juni klar, dass man gegenüber dem Standpunkt Béla Kuns — allerdings mit verschiedenen Begründungen, die nicht immer gebilligt werden konnten — bezüglich der Antwortnote bedeutende Vorbehalte hatte. Der grössere Teil dieser Vorbehalte und Gegenmeinungen bezog sich jedoch nicht auf eine Zurückweisung der Clemenceau-Note im allgemeinen, sondern auf eine Gewährleistung des Schaffens von Bedingungen, die den Bestand der Räterepublik, ein Funktionieren der Diktatur des Proletariats ermöglichen und irgendwelche Garantien dafür sichern, dass eventuelle Beschwindelungsmanöver der Entente kompensiert werden können. Damit hing auch die Forderung nach einer Rüstung zum weiteren Kampf zusammen.

Der Charakter der Vorbehalte und Gegenmeinungen hing offensichtlich auch mit der Tatsache zusammen, dass die Antwortnote schon am 16. Juni abgesandt wurde, und mit der Lage, dass hierauf keine Antwort eingetroffen war, was zweifellos einen Zustand der Unsicherheit schuf. Doch dürften auch die Verschlechterung der internationalen Lage der Räterepublik und die inneren antirevolutionären Unruhen eine massgebende Rolle gespielt haben. Ausserdem konnte man trotz der grossartigen Erfolge des nördlichen Feldzugs eine gewisse Ermüdung bei den Truppen nicht ausser acht lassen, auch stockte der Nachschub und eine defätistische Agitation trat in Erscheinung. Zu dem allen ist aber noch hinzuzufügen, dass die Veränderung im Geiste der Truppen im engen Zusammenhang mit dem Fehlschritt war, dass die Führung die militärischen Operationen einseitig einstellte und die Clemenceau-Note sowie die darauf erteilte Antwort den Soldaten zur Kenntnis brachte. Die Ereignisse zwischen dem 9. und dem 16. Juni erforderten und begründeten diesen Schritt nicht, selbst wenn es sich um ein Ultimatum gehandelt hat, und wenn die Parteileitung beschlossen hat das in der Clemenceau-Note Enthaltene unter gewissen Bedingungen anzunehmen. Dieser Schritt folgte übrigens auch aus dem Gedankengang der Antwortnote Béla Kuns nicht.

Die Frage der Verhandlung mit der Entente ist freilich ein Problem für sich. Lenin brachte in seinem Telegramm vom 18. Juni — bekanntlich — ebenfalls sein Einverständnis mit dem Gedanken von Verhandlungen zum Ausdruck. „... es müssen unbedingt alle Möglichkeiten ergriffen werden — schrieb er — um zumindest einen provisorischen Waffenstillstand oder den Frieden zu schliessen, damit das Volk zu einer Atempause kommt.“ Er fügte aber auch hinzu: „Trauen sie aber der Entente keinen Augenblick, sie betrügt sie und will bloss Zeit gewinnen, um dann sie wie uns zu erwürgen.“⁴⁶

Béla Kun legte das Telegramm Lenins offensichtlich so aus, dass der seinerseits vertretene Standpunkt richtig ist. Aus dem Telegramm Lenins folgte jedoch keineswegs, dass er die ungarische Lage für ähnlich zu der

Situation von Brest-Litowsk hielt, Kun hingegen ging davon aus, und dies barg schon von vorne herein Gefahren in sich. Als Kellner die Parallele zwischen Russland des Jahres 1918 und Ungarn des Jahres 1919 verneinte, hatte er in vielen Beziehungen recht. Die ungarischen innenpolitischen Verhältnisse waren günstiger, die internationale Lage der Räterepublik aber schlechter als die Russlands im Jahre 1918. Gleichzeitig konnte man auch den Umstand nicht ausser acht lassen, dass die Grenzbestimmung der Clemenceau-Note nach Süden hin einen ausserordentlich unsicheren Zustand schuf, ferner dass das kleine Land von einem kapitalistischen Meer umgeben war.

In Berücksichtigung der positiven und negativen Komponenten der Lage muss festgestellt werden, dass Kun insofern unbedingt recht hatte, dass man verhandeln, und womöglich auch Frieden schliessen muss, dass dies aber durch Erzwingung von Bedingungen zu sichern ist, die in bezug auf das Schicksal des Landes die Unsicherheit auf ein Mindestmass reduzieren. In dieser Beziehung hatte man jedoch keine klaren Vorstellungen. Was hingegen den Inhalt der Rede Kunfis betrifft, sind in seinem Standpunkt zweifellos negative Tendenzen festzustellen. Man muss sie als untrennbar von seiner am Parteikongress gespielten Rolle und von jenen verräterischen Schritten betrachten, zu denen die Führer der Rechtsopposition nach dem 30. Juni Gelegenheit fanden.

Zwei Tage später, am 21. Juni wurde die Debatte über die Clemenceau Note im Rätekongress, bei den Fragen des Kriegswesens, allerdings nicht so offen und leidenschaftlich fortgesetzt. Böhm hat in seinem Exposé die bestehenden Schwierigkeiten und Missstände – bekanntlich – zum Teil ausserordentlich übertrieben. Den Geist des Heeres beurteilte er um vieles negativer als es der Fall war, zugleich bekannte er sich nicht eindeutig zum Rückzug. Er warf den Gedanken einer Wiederholung des 2. Mai auf, und machte es davon abhängig, ob der in der aussenpolitischen Debatte angenommene Resolutionsantrag als prinzipielle Grundlage zu betrachten sei oder nicht.⁴⁷ Allerdings hielt er im weiteren Teil seiner Rede die Frage der Grenzen – unter Berufung auf die zukünftigen Revolutionen des Proletariats – nicht für entscheidend, und betonte, dass die Macht zu schützen ist, so klein auch das Land werden sollte,⁴⁸ im abschliessenden Teil seiner Rede gebrauchte er aber wieder die Alternative, dass in dieser Frage die Proletarier zu entscheiden haben.⁴⁹

Béla Kun betonte wieder die Notwendigkeit des Friedensschlusses. Er wies aber richtig darauf hin, dass die Rote Armee auch im Falle eines Friedensschlusses unbedingt zu kräftigen sei.

In der Debatte ergriff auch Landler das Wort, der in indirekter Weise mit der ein Übereinkommen fordernden Folgerung Kuns, zugleich aber auch mit Böhm polemisierte. Landler behauptete nämlich, dass die Armee fähig sei die Tschechen, Rumänen, Serben und auch die Franzosen zu schlagen, und dass der Geist der Armee grossartig sei.⁵⁰ Peyer hingegen setzte sich eindeutig gegen eine Annahme der Clemenceau-Note ein, aber auch bei Béla Szántó zeigte sich ein gewisser Vorbehalt, als er die seitens Kunfis betonte Anschuldigung des Militarismus zurückwies,⁵¹ und auch

bei Ignác Bogár kann man hierauf schliessen, als er eine allgemeine Mobilisierung betrieb und eine Agitation forderte, die es der Roten Armee ermöglicht ihre bisherigen Erfolge zu halten „und wenn nötig und möglich auch neuere Erfolge“ zu erzielen.⁵²

Der Kongress nahm die Notwendigkeit der allgemeinen Mobilisierung tatsächlich an und sprach sie als Entschliessung aus, zugleich machte er deren Durchführung zur Aufgabe des Regierungsrates.⁵³

Auch die Sitzung vom 21. Juni bewies, dass die Gegensätze trotz des am 19. angenommenen Beschlusses auch weiter bestanden, und wie es in der Sitzung des Regierungsrates vom 24. Juni in Erscheinung trat, bestand auch die Möglichkeit dessen, dass die Clemenceau-Note doch nicht durchgeführt wird. Zumindest rechnete man mit dieser Möglichkeit. Dies stand im Zusammenhang damit, — wie es auch Böhm in seinen Memoiren erwähnt —, dass nach dem 19. Juni „innerhalb des Regierungsrates ein neuer Kampf entfacht ist in der Frage, dass wir die Truppen überhaupt nicht zurückziehen sollen“.⁵⁴ Diesen Standpunkt vertrat vor allem Landler. Auch die Zeitungsartikel vom 19., 20., 21. und 22. Juni erörterten in erster Linie die negativen Folgen, die sich aus einem eventuellen Frieden ergeben würden.⁵⁵

Die unmittelbare Vorgeschichte der Sitzung des Regierungsrates vom 24. Juni war die Note Clemenceaus vom 22. Juni, die die Antwort der Entente auf die Note vom 16. Juni als Beschluss des Obersten Rates der Verbündeten und Assoziierten Mächte enthielt.

Die Note enthielt die Mitteilung, dass General Pellé, im Sinne des von Marschall Foch erhaltenen Befehls, Tag und Stunde bekanntgeben wird, da die ungarischen Truppen die Räumung zu beginnen haben, und auch den Termin, zu welchem die Räumung abgeschlossen werden muss. Sie besagte, dass die Kontrolle amerikanische, britische und französische Offiziere besorgen werden, und über die erfolgte Räumung Pellé die Regierungen der Entente unterrichten wird. Weiters war davon die Rede, dass falls es beim Rückzug zu Verwüstungen käme, von der ungarischen Regierung „eine totale und vollkommene Wiedergutmachung gefordert werden würde“. Schliesslich gibt die Note bekannt, dass wenn Pellé über die erfolgte Räumung Meldung erstattet, „die rumänischen Streitmächte aufgefordert werden, die ihrerseits zur Zeit besetzten ungarischen Gebiete zu räumen. Diese Räumung wird bei gleichen Bedingungen erfolgen und nach gleichen Grundsätzen geleitet werden, wie die Räumung der tschechoslowakischen Gebiete.“⁵⁶

Dem Inhalt der Note entsprechend teilte General Pellé tatsächlich mit, dass die Feindseligkeiten am 24. Juni morgens 5 Uhr einzustellen sind, und dass sich die ungarischen Truppen bis zum 24. Juni mittags um 15 Kilometer zurückziehen müssen. Hierauf bezeichnete er die Art und Weise des Rückzugs. Die Antwort über die Annahme des Waffenstillstandes und des Rückzugs verlangte er für 23. Falls diese nicht befriedigend wäre — bemerkte er — würde er dies „den Regierungen der verbündeten und assoziierten Mächte“ melden.⁵⁷

Die Mitteilungen von Clemenceau und Pellé gingen also überhaupt nicht auf das in der Antwortnote vom 16. Juni Enthaltene ein. Daraus wurde es klar, dass die Entente weder zu modifizieren, noch zu verhandeln wünscht.

Aus dem Telegramm Böhms an Pellé vom 23. Juni geht hervor, dass die ungarische Regierung geneigt war das Ultimatum zu erfüllen. Die Antwort ging jedoch nicht darauf ein, auf welche Art und Weise die ungarischen Truppen den Rückzug durchführen werden, und bezeichnete positiv lediglich die Waffenruhe. Gleichzeitig bat Böhm, Pellé möge Beauftragte entsenden, um „die Grenzverschiebungen und -regulierungen durchführen zu können“, andererseits verlangte er Garantien dafür, „dass die rumänischen Truppen die in der Note des Herrn Clemenceau erwähnten Gebiete räumen und die ihrerseits verursachten Schäden ersetzen werden“. Die rumänischen Truppen haben nämlich in der Nacht vom 20. zum 21. Juni die Theiss-Brücken zerstört.⁵⁸

Der Antwort Pellés, die noch am 23. Juni nachts abgesandt wurde, ist zu entnehmen, dass das Telegramm Böhms nicht gleichbedeutend damit sei, dass die ungarische Regierung auch den Rückzug akzeptierte. Es kann nicht als Zufall betrachtet werden, dass Pellé sogar zweimal darauf zurückkommt, Böhm möge mitteilen, ob sie auch die Erfüllung aller Einzelheiten des in seiner Note vom 22. Juni Enthaltene akzeptiert. Zugleich teilte er mit, dass er das ungarische Ansuchen in bezug auf die Beauftragten der tschechoslowakischen Regierung und dem Präsidenten der Friedenskonferenz zugehen lässt, ebenso unterbreitet er letzterem die mit der Räumung der von den Rumänen besetzten Gebiete verbundenen Probleme. Auch stellte er den Antrag, die ungarischen und tschechoslowakischen Vertreter mögen sich zwecks Festsetzung der Grenzen der seinerseits vorgeschlagenen neutralen Zone – die sich je zwei Kilometer südlich und nördlich der in der Note vom 13. Juni bezeichneten Linie gezogen hätte – am 25. Juni in Pressburg treffen.⁵⁹

Vor der Sitzung des Regierungsrates am 24. Juni war also die Situation die folgende: der Waffenstillstand ist am 24. Juni morgens eingetreten, der Rückzug wurde jedoch nicht angeordnet, obwohl man sich bereit erklärt hatte, dass falls die Räterepublik Garantien dafür erhält, dass die Rumänen die von ihnen besetzten Gebiete räumen, die ungarischen Truppen den Rückzug durchführen werden. Zweifellos war dieser Standpunkt nicht identisch mit dem Beschluss vom 19. Juni, da sich die Bedingung nur auf die mit dem rumänischen Abzug verbundene Garantie beschränkte, auf diese einengte. Die Formulierung wies aber auch darauf hin, dass die am 19. und 21. Juni verklungenen Gegenmeinungen und Vorbehalte doch nicht ganz vergeblich waren.

Die Dokumente der Sitzung des Regierungsrates vom 24. Juni sind nicht erhalten geblieben. Aus den Memoiren Juliers, den Telegrammen Böhms und Kuns, sowie aus der Aussage Ágostons im Prozess der Volkskommissäre kann aber das Wesentliche rekonstruiert werden. (Leider ist uns selbst das nicht bekannt, ob der Parteiausschuss am 23. Juni eine Sitzung abhielt, und welche Fragen dort behandelt wurden. Das Blatt

Népszava vom 22. Juni 1919 teilte nur so viel mit, dass auf der Tagesordnung eine ausserordentlich wichtige Angelegenheit steht, und dass sich die einzelnen Berufszweige und Parteiorganisationen in gleicher Zahl vertreten lassen mögen, wie an der Parteisitzung.)

Tatsache ist, dass als Ergebnis der sich in der Sitzung des Regierungsrates entfalteten Debatte der Rückzug an drei Bedingungen gebunden wurde: ausser der seitens der Rumänen zu gewährenden Garantie an die Festsetzung der südlichen Grenzen, sowie an eine Einladung zur Friedenskonferenz,⁶⁰ worüber Clemenceau telegraphisch verständigt wurde. Die Kopie dieses Telegramms liess man übrigens auch Pellé zugehen. Zugleich kam auch diesbezüglich ein Beschluss zustande, dass um eine Verlängerung des Waffenstillstandes angesucht wird. Den uns zur Verfügung stehenden Angaben gemäss hat Pellé über den Rundfunk zwei Telegramme erhalten. Aus der Antwort Pellés vom 24. Juni geht nämlich hervor, dass Böhm die durch Béla Kun an Clemenceau übermittelten Bedingungen am 24. Juni abgesandt hatte, über die Verlängerung des Waffenstillstandes aber noch nicht berichtete. Pellé teilte damals nicht nur das mit, dass die ungarischen Truppen um 15 Kilometer nicht zurückgezogen sind, sondern auch das, dass die rumänische Räumung allein das Wort des Präsidenten der Friedenskonferenz garantiere. Sodann fügte er hinzu: „Die übrigen politischen Bedingungen, auf die das Telegramm des Herrn Volkskommissärs Béla Kun, das Sie mir mitteilten, (anspielt) waren in Ihrem oben erwähnten Telegramm vom 23. Juni nicht einmal erwähnt.“ Ferner berief er sich darauf, dass Böhm in seiner Erklärung vom 23. Juni die Bedingungen Fochs angenommen habe, und bemerkte schliesslich, dass er in dieser Angelegenheit dem Oberkommandierenden der alliierten Truppen Meldung erstatten werde.⁶¹

Das zweite, ebenfalls am 24. Juni abgefasste Telegramm Böhms, das Pellé am 26. Juni erhielt, enthielt bereits die Bitte um eine Verlängerung des Waffenstillstands, mit der Bemerkung, dass die ungarischen Truppen so lange an der von ihnen gehaltenen Linie belassen werden, „bis in bezug auf die im Telegramm der Regierung der Räterepublik an Herrn Clemenceau gebetenen Garantien eine Antwort eintrifft“.⁶² Die Reise Ágostons und Mayer Csejkovits' nach Pressburg am 25. Juni weist demgegenüber darauf hin, dass man mit einem Übereinkommen rechnete.⁶³ Diese wurde jedoch nicht als einzige Möglichkeit betrachtet. Gemäss den Rückerinnerungen Juliers rechnete man auch damit, dass es nötig sein werde den Angriff fortzusetzen, und beschlossen daher auch dem entsprechende Vorkehrungen.⁶⁴

Der oben besprochene Standpunkt des Regierungsrates entwickelte sich in einer scharfen Debatte. Laut Julier wollte Böhm abdanken, Landler hingegen, der für eine Fortsetzung der militärischen Operationen argumentierte, wies den Antrag Böhms, er möge den Posten des Oberkommandanten übernehmen, zurück. Die Wahrscheinlichkeit der Abdankung Böhms wird auch durch die bereits zitierten Memoiren unterstützt.⁶⁵

Auch ein Teil der Diskussionsredner setzte sich, unter Berufung auf die nötige Konsolidierung, für Annahme der Note und gegen die Eröffnung einer neuen Offensive ein.⁶⁶

Der positiv zu bewertende Standpunkt des Regierungsrates vom 24. Juni modifizierte einerseits den Standpunkt vom 23. Juni, bestimmte einen Teil der in der Note vom 16. Juni erwähnten Wünsche als Bedingung, und stellte somit eine Alternative auf, andererseits brachte er in der oberen Führung ein Kompromiss zustande, das die Möglichkeit einer späteren positiven Entscheidung in sich einschloss.

Die Tatsache, dass eine Demission Böhms verhindert wurde, war unter den gegebenen Verhältnissen richtig, da ein offener Ausbruch der internen Gegensätze eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in negativer Richtung bewirkt hätte.

Bei der Ausgestaltung des positiven Standpunktes spielten übrigens gewiss auch jene Nachrichten eine bedeutende Rolle, dass man in den befreiten Gebieten gegen die Clemenceau-Note protestiert habe, und dass die Organisierung der Slowakischen Roten Armee in Angriff genommen wurde.⁶⁷

Am 25. Juni wandte sich Béla Kun in einem neuerlichen Telegramm an Clemenceau, in dem er sein Bedauern darüber ausdrückte, dass „bezüglich der durch die Rumänen zu gewährenden Garantien“ keinerlei Antwort eingetroffen sei. Auch warf er wiederholt die Frage der Garantie auf.⁶⁸

Zur neuerlichen Note Kuns kam es nach der Niederwerfung des in Budapest ausgebrochenen gegenrevolutionären Putsches, der eine bedeutende Rolle darin spielte, dass die Parteileitung und der Regierungsrat den Beschluss vom 24. Juni einige Tage später grundlegend geändert haben.

Auf die Telegramme Kuns kam keinerlei Antwort. Der Rat der Vier war nicht geneigt über die Garantiefrage meritorisch zu verhandeln, der rumänische Ministerrat besprach zwar das ihm gesandte Telegramm des Regierungsrates, einer Antwort würdigte er aber nur die Friedenskonferenz.⁶⁹

Demgegenüber traf am 26. Juni das Telegramm General Pellés ein, in dem er andeutete, dass er einer Verlängerung des Waffenstillstands zustimmt, aber auch bekanntgab, dass der Abzug der Truppen am 30. Juni um Mitternacht beendet sein muss.⁷⁰

Böhm antwortete Pellé am 27. Juni, als er den durch Pellé bestimmten Termin der Räumung weder zurückwies, noch aber annahm. „Mit Rücksicht darauf – teilte Böhm mit – dass zwischen unserer Räumung und der Räumung der Rumänen ein Junktim besteht, indem auch das von den Rumänen besetzte Gebiet befreit werden muss, mit Rücksicht ferner darauf, dass wir bisher keinerlei Garantie dafür erhalten haben, dass die Rumänen die besetzten Gebiete tatsächlich räumen werden, bitte ich Sie, Herr General, sich gedulden zu wollen, bis die Garantien bezüglich der Räumung seitens der Rumänen geklärt sind.“⁷¹ Dieser Wortlaut des Telegramms weist darauf hin, dass man sich ungarischerseits nun-

mehr statt der Bedingungen mit einer einzigen Bedingung begnügte, das heisst, dass man zum Standpunkt vom 23. Juni zurückgekehrt war.

Im weiteren betonte Böhm, dass die Hauptforderung der Konferenz die Einstellung der Offensive war, und dieser habe die Räterepublik genuggetan. Dem fügte er noch hinzu, dass die ungarische Partei den Rumänen gegenüber die Befreiung der Gebiete nicht durch neuere militärische Operationen zu sichern wünscht, weil das „das Blut unschuldiger Menschen kosten würde“.⁷²

Am 27. Juni wurde übrigens eine Sitzung des Regierungsrates abgehalten, in der Béla Kun darüber berichtete, dass Pellé den Waffenstillstand bis zum 30. Juni verlängert hat, und der aus Pressburg zurückgekehrte Ágoston über die dort gepflegten Verhandlungen referierte. Es entwickelte sich der Standpunkt, dass nachdem Salgótarján die Grenze ist, und „Clemenceaus Note sowie Pellés Telegramm noch immer nicht fix und völlig klar sind“, möge Ágoston eine günstigere Festlegung der Grenze fordern, nämlich dass Salgóbánya, die Endstation Salgó und Somóújfalú auf ungarischen Gebiet verbleiben, und dass sich die Tschechen – als Gegenleistung für die Benützung von Bánréve – damit einverstanden erklären, dass die Grenze nördlich von Fülek verlaufe und die nördlich von Ózd gelegenen Gruben bis Bányaaárok auf ungarisches Gebiet fallen. Endlich wurde Ágoston angewiesen zu erreichen, dass wie an anderen Teilen der Demarkationslinie, auch entlang der Donau eine neutrale Zone geschaffen werde. Von den so formulierten Standpunkt wurde auch Böhm verständigt.⁷³ Am gleichen Tag ordnete der Slowakische Revolutionäre Regierungsrat die allgemeine Mobilisierung an, und bezeichnete als ersten Tag der Durchführung den 30. Juni.

Pellés neuerliches Ultimatum spitzte die Gegensätze innerhalb der oberen Führung der Räterepublik offensichtlich noch weiter zu. Hirossik hebt in seinen 1928 geschriebenen Memoiren unter Berufung auf seine Unterredung mit Landler die Rolle Böhms und Kunfis hervor, die in erster Linie darauf drängten, dass der Rückzug durchgeführt werde.⁷⁴ Ferenc Münnich verweist auf einen Vortrag Béla Kuns im Jahre 1928, und schreibt in seinem 1958 erschienen Werk, dass Böhm sprengen wollte, er wollte eine Spaltung provozieren, die – falls sie erfolgt – den sofortigen Sturz der Räterepublik bedeutet hätte.⁷⁵

Auch Böhm weist darauf hin, dass es vor der endgültigen Entscheidung zwischen ihm, Stromfeld, Landler und Julier in Stromfelds Amtszimmer zu einer Auseinandersetzung kam.⁷⁶ Hirossik verweist aber in seiner bereits erwähnten Schrift auch darauf, dass nicht nur Böhm und Kunfi, sondern – sowohl in der Parteileitung wie auch im Regierungsrat – auch andere für die Annahme des Ultimatus waren.

Ohne, dass in der Garantieforderung die geringste Änderung eingetreten wäre, kam es am 28. Juni zu einem entscheidenden Schritt. Die Parteileitung hat – wie dies aus Béla Kuns Vorlage im Regierungsrat vom 29. Juni hervorgeht – zugestimmt, dass der Rückzug durchgeführt werde. Über die unmittelbaren Umstände des Zustandekommens dieser Entscheidung ist uns nichts bekannt. Aus dem am 27. Juni an Pellé gesand-

ten Telegramm kann auf diesen Beschluss nicht gefolgert werden. Die Entscheidung dürfte nach einer ausserordentlich heftigen Debatte gefallen sein. Über die Begründung wissen wir auch nur so viel, dass die Parteileitung deshalb so entschied, weil „der Krieg laut den von der Armee eingetroffenen Berichten nicht weitergeführt werden kann“.⁷⁷

Wahrscheinlich hat Landler vor der Sitzung der Parteileitung oder in der Sitzung selbst seine Ansicht dargelegt, mit der sich auch Hirossik und mehrere Mitglieder des Slowakischen Regierungsrates einverstanden erklärten, dass nämlich die Führung der auf slowakischem Gebiet befindlichen ungarischen Roten Armee der Slowakische Regierungsrat übernehme, um so ein Vordringen der tschechischen Imperialisten verhindern zu können.⁷⁸

Am 29. Juni hat die einberufene Sitzung des Regierungsrates, an der Garbai, Dovcsák, Kun, Szántó Guth, Lengyel, Varga, Bajáki, Kalmár Stefán, Werner und Schriftführer Mihály Bihari anwesend waren, den Beschluss der Parteileitung aufgrund der Vorlage Béla Kuns angenommen. Gemäss des Protokolls kam dieser einstimmige Beschluss nach einer längeren Debatte, an der sich sämtliche Volkskommissäre beteiligt hatten, zustande. Diese Entscheidung wurde „mit Rücksicht auf den Zustand der Armee, ferner hinsichtlich der Durchführung der Diktatur in allen Belangen, einer Kräftigung der Diktatur und der Organisierung des inneren Wirtschaftslebens“ für nötig erachtet. Ausser dem wurde beschlossen für die sich zurückziehenden Truppen eine Proklamation zu erlassen, mit deren Formulierung Béla Kun, Jenő Varga und Gyula Lengyel betraut wurden. Das Parteisekretariat wurde aufgefordert für 100 Agitatoren zu sorgen, und Béla Kun bekam den Auftrag die Frage des Rückzugs in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 30. Juni zu erörtern.⁷⁹

Auch der den Rückzug regelnde Armeebefehl wurde fertiggestellt, in dessen Sinne sämtliche Truppen der Nordfront die Räumung am 30. Juni morgens fünf Uhr zu beginnen, und bis Mittag einen Weg von 15 km in Richtung der neuen Grenze zurückzulegen haben. Die Truppen mussten im Sinne des angesetzten Plans die „erzwungene Grenzlinie“ am 2. und 4. Juli bis Mitternacht überschreiten.⁸⁰

Die Sitzung des Alliierten Zentralen Verwaltungsausschusses, in der der Beschluss des Regierungsrates bestätigt wurde, versammelte sich also, als der Rückzug der ungarischen Truppen bereits begonnen hat. Somit spielte sie in der Entscheidung der Frage keine wesentliche Rolle. Der das Schicksal der Räterepublik in bedeutendem Masse bestimmende verhängnisvolle Schritt war bereits getan.

Kun wiederholte in der Sitzung vom 30. Juni im wesentlichen die Ursachen des Rückzugs die wir schon besprochen haben, doch legte er sie in breiterer Form aus. Demnach waren in erster Linie nicht aussenpolitische Motive massgebend, was er damit begründete, dass die innenpolitische Lage der Entente ungünstig sei, sodann wies er auf die für den 20–21. Juli zu erwartenden politischen Demonstrationen, auf den wahrscheinlichen Zusammenbruch des tschechischen Kapitalismus und auf die baldige deutsche Revolution hin.

Er erklärte entschieden, dass er sich in der Hoffnung dem Standpunkt jener angeschlossen hat, die für den Rückzug waren, dass durch eine kurze Atempause die Desorganisation der inneren Wirtschaft und der Verwaltung behoben werden kann. Als eine der Hauptmotive bezeichnete er die totale Abrechnung mit der Gegenrevolution. Zugleich hielt er es für möglich, dass sich die Räterepublik auf illegalem Wege, trotz der Blockade, in den internationalen Verkehr einschalte. Seinen Optimismus versuchte er auch mit der Behauptung zu unterstützen, dass die Armee ihren revolutionären Geist nicht eingebüsst hat, und fügte hinzu, dass auch für eine Ergänzung der Armee grössere Kräfte eingesetzt werden können. Dann warf er auch die Frage auf, ob man mit dem Rückzug nicht der internationalen Revolution in den Rücken falle? Er betonte seine Meinung, dass es durch den Rückzug gelingen werde der tschechischen Bourgeoisie jenen Trumpf zu entreissen, mit dem sie den Chauvinismus entfachen konnte. Auch rechnete er damit, dass die Bedingungen für eine tschechische Revolution notwendigerweise zunehmen werden.

Nach Béla Kun ergiff Pór das Wort, der über eine Verschlechterung der Stimmung im Hinterland, über die im Geiste der Armee eingetretene negative Veränderung sprach und identifizierte sich aufgrund dieser Folgerungen mit dem Beschluss des Regierungsrates. Auch Szamuely ging davon aus, dass die Aussenpolitik dadurch zu einer innenpolitischen Frage wurde, weil man der Geist der Armee künstlich zugrunde gerichtet hatte. Er anerkannte es, dass es nötig sei Zeit zu gewinnen, bezweifelte aber, dass die Politik, die die Räterepublik zu verfolgen gezwungen ist, eine Atempause tatsächlich gewährleiste, und hielt diesen Schritt mit den Bedingungen des Brester Friedens für nicht vergleichbar. Jenő Varga dagegen erörterte jene Möglichkeiten, die trotz des Rückzugs eine Entwicklung des Wirtschaftslebens fördern können, und knüpfte besonders an eine Festigung der Arbeitsdisziplin Hoffnungen. Nach dem folgenden Redner, János Holló, ordnete der Vorsitzende auf Wunsch Zoltán Rónais, den Szamuely wegen seines Verhaltens und seiner Massnahmen einer Kritik unterzog, eine geschlossene Verhandlung an, nach der es zur einstimmigen Abstimmung kam.⁸¹

Die Motive, die Béla Kun dargelegt hat, waren zweifellos beachtenswert, begründeten aber die Verfügung eines bedingungslosen Rückzugs nicht. Natürlich spielten bei diesem Schritt vielerlei Tatsachen, und nicht bei jedem die gleichen Gründe mit. Neben einer diplomatischen Unerfahrenheit, den Illusionen, der Überschätzung von tatsächlichen Schwierigkeiten und einem übertriebenen Optimismus spielten auch wahrhaft gute Absichten, die Sorge um die Räterepublik, aber auch dessen Gegenteil eine Rolle.

Die Annahme der Clemenceau-Note stellt ein ausserordentlich vielfältiges Problem dar, dessen allseitiges Erschliessen dadurch erschwert wird, dass dem Forscher Daten und Dokumente nur sehr ärmlich zur Verfügung stehen. Die Frage wird auch dadurch noch weiter kompliziert, dass die Gegenpole in der Führung nicht solche Gruppen bildeten, die sich in anderen wesentlichen Fragen der Räterepublik zu dem gleichen Stand-

punkt bekannt hätten, somit sind bei den einzelnen Leitern, in den einzelnen Standpunkten nicht die gleichen Gründe und Absichten feststellbar. Andererseits handelt es sich auch darum, dass in dieser Frage die sich dem Wesen nach einander gegenüberstehenden Parteien – trotz gegenteiliger Absicht – in der gleichen Richtung eine Wirkung oder Gegenwirkung ausgeübt haben.

Trotz dieser Kompliziertheit kann festgestellt werden, dass das Verhalten eines Teils der oppositionellen sozialdemokratischen Leiter damit verbunden war, dass er der Diktatur des Proletariats feindlich gegenüberstand. Der Standpunkt eines Teils der Kommunisten aber war – neben den sich aus einer unterschiedlichen Ermessung und Abschätzung der Lage ergebenden Folgerungen – stets auch durch den Zustand eines Zwangskompromisses motiviert, der seit dem Parteikongress im Juni bestanden hat.

Schliesslich wollen wir noch darauf verweisen, dass die Räterepublik Zeit bedurfte. Diese Tatsache schuf schon an sich eine Zwangslage. Das Problem trat auch darin zutage, dass eine Verwirklichung der Atempause nicht allein wegen der objektiven Lage, sondern auch darum auf Schwierigkeiten stiess, weil man die Erwägung der widersprechenden Lage – unter anderen auch Béla Kun – auf einer einzigen Ebene versucht hat.

Es zeigte sich keine Konsequenz in der Frage der Slowakischen Räterepublik, und es wurde auch kein Versuch unternommen eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandstermins zu erreichen. Bei der Prüfung der Vorgeschichte dieses verhängnisvollen Schrittes können somit diese Fehler und Mängel nicht ausser acht gelassen werden.

ANMERKUNGEN

¹ Papers Relating to the Foreign Relations of the United States The Paris Peace Conference 1919. – im folgenden: Papers PPC – Washington. Bd. VI. S. 189., 240., 241.

² *Liptai, E.*: A Magyar Vörös Hadsereg harcai 1919. (Die Kämpfe der Ungarischen Roten Armee 1919.) Bp. 1960. S. 364.

³ *Vörös Újság* 10. Juni 1919. Extraausgabe. Das Telegramm Clemenceaus. – Hier sei erwähnt, dass als in Wien die ungarische Antwortnote überreicht wurde „erklärten die Franzosen bei der Übernahme, dass in der über den Rundfunk mitgeteilten Note nur das Prestige der Entente die strenge Bemerkung erforderte, wonach die Antwort innerhalb 48 Stunden zu erteilen sei. Die schriftliche Note, die die Franzosen unserem Wiener Gesandten übergeben haben, enthielt diese Bemerkung nicht. Die überreichenden französischen Offiziere ersuchten uns nur die Antwort bis Dienstag Mittag zu erteilen.“ (Archiv des Parteihistorischen Instituts – im folgenden PI Archivum –. Ágoston Péter Gyűjtemény. Napló 689. f. I. 3. Külpolitikai Információk. 1919. június 11.) Ágoston bemerkte im Zusammenhang mit dieser Tatsache folgendes: „Dies ist charakteristisch dafür das der Tiger Clemenceau ein Fuchs ist.“ (A.a.O. Napló. 1919. június 11.)

⁴ *Liptai, E.*: Gen. Werk, S. 358 – 359., 365 – 367.

⁵ A Magyar Munkásmozgalom Történetének Válogatott Dokumentumai (Ausgewählte Dokumente aus der Geschichte der Ungarischen Arbeiterbewegung), – im weiteren MMTVD – Bd. 6/A. Bp. 1959. S. 672 – 686.

⁶ PI Archivum. Ágoston Péter Gyűjtemény. 689 f. I. 3. Napló. 1919. június 11.

⁷ Die Antwortnote ist zu finden: *Vörös Újság* 1919. június 10. Sonderausgabe. Das Telegramm Clemenceaus.

⁸ PI Archivum. Ágoston Gyűjtemény. 689 f. I. 3. Napló. Külpolitikai Információk. 1919. június 11.

- ⁹ Nagy, Zs.: A párizsi békekonferencia és Magyarország 1918 – 1919. (Die Pariser Friedenskonferenz und Ungarn 1918 – 1919). Bp. 1965. S. 158 – 161.
- ¹⁰ Papers PPC. Bd. VI. S. 272 – 289. — Actiunea politica si militara a României in 1919. In lumina corespondentii diplomatice a lui I. C. Bratianu. De Gheorghe Bratianu. Cartea Rominească“ Bucurest 1939. S. 105 – 107.
- ¹¹ Vörös Újság 10. Juni 1919. A párizsi békekonferencia jegyzéke a magyar tanácskormányhoz (Note der Pariser Friedenskonferenz an die ungarische Räteregierung).
- ¹² Vörös Újság 14. Juni 1919. Kun Béla nyilatkozata Daily News-nak (Béla Kuns Erklärung an Daily News).
- ¹³ Népszava 19. Juni 1919. A párizsi békekonferencia kijelölte a határokat (Die Pariser Friedenskonferenz hat die Grenzen bestimmt).
- ¹⁴ Béla Kun erwähnt in seiner Antwortnote an Clemenceau die Mittagsstunden (A.a.O.), Ágoston aber schreibt am 15. Juni in sein Tagebuch: „Heute haben wir die Geschäftsordnung des Kongresses bestimmt und dann wählten wir Ausschüsse. Während der Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten traf aus Versailles das Telegramm ein, in dem wir verständigt wurden, dass die Grenzen Ungarns festgesetzt sind“ (PI Archivum. Ágoston Gyűjtemény, gen. Werk. Napló). Die Wahl des Ausschusses erfolgte unmittelbar zum Schluss der Sitzung (Tanácsok Országos Gyűlésének Naplója (Journal der Landesversammlung der Räte) – im folgenden TOGY – Bp. 1919. S. 23.) Der Ausschuss, dessen Mitglieder József Pogány, Ernő Pór, Zsigmond Kunfi, Dezső Biró, Samu Jászai, Henrik Kalmár, Ágoston Stefán, Elek Bolgár, Béla Nagy, Ferenc Kovács, Károly Tamási, Gyula Alpári, László Rudas, Péter Ágoston, Illés Brandstein wurden, konnte seine Besprechungen offenbar nur nach erfolgter Wahl beginnen. Aufgrund dessen ist jene Feststellung des bereits zitierten Buches von Zsuzsa L. Nagy (S. 166.), wonach die Note am 15. Juni nachts dem Regierungsrat eingehändigt wurde, als Irrtum, bzw. Schreibfehler zu betrachten. Es sei erwähnt, dass in den Memoiren Böhm's zu lesen ist, dass die Note schon vor den Mittagsstunden bekannt wurde [Böhm, V.: Két forradalom tüzében (Im Feuer zweier Revolutionen) München 1923. S. 420 – 421], und auch Béla Kun schreibt im Jahre 1933, dass er den Inhalt der Note am Morgen vor der Abendsitzung des Parteivorstandes Stromfeld mitgeteilt habe. [Kun, B.: Válogatott írások és beszédek (Ausgewählte Schriften und Reden) Bp. 1966. Bd. II. S. 256.] Da die Antwortnote am 16. Juni mittags abgesandt wurde, dürfte das Zusammentreffen mit Stromfeld am frühen Nachmittag des 15. Juni erfolgt sein, was übrigens indirekt auch die zeitigen Aufzeichnungen Ágostons bezeugen.
- ¹⁵ Kun, B.: gen. Werk. Bd. II. S. 256.; Böhm, V.: gen. Werk, S. 421.
- ¹⁶ Es ist zu bemerken, dass Kun am 19. Juni in der Landesversammlung der Räte bezüglich des im Zusammenhang mit der Clemenceau-Note entwickelten Standpunktes nicht von der Sitzung der Parteileitung, sondern von der Stellungnahme des Regierungsrates, bzw. des politischen Ausschusses des Regierungsrates sprach. (TOGY S. 115.) Böhm spricht ausdrücklich über die Sitzung der Parteileitung. (Böhm: gen. Werk, S. 421.) Desgleichen auch Rudas in seinem zur Zeit der Fraktionskämpfe geschriebenen Buch. (Rudas, L.: Abenteurer und Liquidatorentum. Die Politik Béla Kuns und die Krise der KPU. Wien 1922. S. 73.).
- ¹⁷ Böhm, V.: gen. Werk, S. 421.
- ¹⁸ Rudas, L.: gen. Werk, S. 73.; Bettelheim: A Kommunisták Magyarországi Pártjának válságához. Kun Béla szerepe (Zur Krise der Kommunistischen Partei Ungarns. Die Rolle Béla Kuns). Wien 1922. S. 13 – 14.
- ¹⁹ Landler, J.: A Vörös Hadsereg diadalmas útja és bomlása (Siegeszug und Zerfall der Roten Armee). Új Március 1929. Sonderfolge.
- ²⁰ PI Archivum. Ágoston Gyűjtemény. Gen. Teil. Napló. 1919. június 15.
- ²¹ Böhm, V.: gen. Werk, S. 421.
- ²² Liptai, E.: gen. Werk, S. 400.
- ²³ Népszava 19. Juni 1919. Kun Béla elvtárs válasza Clemenceaunak (Antwort des Genossen Béla Kun an Clemenceau).
- ²⁴ Vörös Újság 18. Juni 1919. — Die Nachricht lautete wörtlich wie folgt: „Auf Aufforderung der Alliierten Mächte haben wir zwecks Einstellung der militärischen Operationen die entsprechenden Massnahmen getroffen. Trotzdem sind die Tschechen auf der ganzen Linie mit grösseren Kräften zum Angriff übergegangen, sie treten die Verfügung der

alliierten Mächte in bezug auf die Einstellung der Operationen einfach mit Füßen. Unter solchen Umständen haben unsere Truppen zwangsweise energische Schutzmassnahmen getroffen. Westlich von Eperjes im Sajótal und in der Umgebung von Léva sind heftige Kämpfe im Gange. Armeeoberkommando.“

²⁵ MMTVD Bd. 6/A. S. 697.

²⁶ A Magyar Tanácsköztársaság történelmi jelentősége és nemzetközi hatása (Historische Bedeutung und internationale Wirkung der Ungarischen Räterepublik). Bp. 1959. S. 114–115.

²⁷ PI Archívum. Ágoston Péter Gyűjtemény. Gen. Teil. Napló. 1919. június 16.

²⁸ In bezug auf Obiges s. TOGY S. 108–112.

²⁹ A.a.O. S. 112.

³⁰ A.a.O.

³¹ A.a.O. S. 114.

³² A.a.O. S. 115. Zu bemerken ist, dass Béla Kun auch darüber sprach, dass der Befehl zum Rückzug erteilt wurde, und dass es nur infolge des Angriffs der Tschechen nicht zu diesem kam. (A.a.O.) Diese Erklärung wird durch keinerlei Angabe unterstützt. Böhm's Befehl enthielt nur die Einstellung der Operationen, nicht aber die Anordnung des Rückzugs.

³³ A.a.O. S. 116.

³⁴ A.a.O.

³⁵ A.a.O. S. 117–120.

³⁶ A.a.O. S. 121–123.

³⁷ A.a.O. S. 123–125.

³⁸ A.a.O. S. 127.

³⁹ A.a.O. S. 125–128.

⁴⁰ A.a.O. S. 128–129.

⁴¹ A.a.O. S. 129–131.

⁴² A.a.O. S. 131–132.

⁴³ A.a.O. S. 132–133.

⁴⁴ A.a.O. S. 133–135.

⁴⁵ A.a.O. S. 135–137.

⁴⁶ MMTVD Bd. 6/B. S. 274.

⁴⁷ TOGY S. 200–202.

⁴⁸ A.a.O. S. 203.

⁴⁹ A.a.O. S. 204.

⁵⁰ A.a.O. S. 208.

⁵¹ A.a.O. S. 214.

⁵² A.a.O. S. 216.

⁵³ A.a.O. S. 228.

⁵⁴ Böhm, V.: gen. Werk, S. 425.

⁵⁵ S. diesbezüglich die zwischen dem 19. und 22. Juni erschienenen Nummern der Zeitungen Vörös Újság und Népszava.

⁵⁶ PI Archívum. Forradalmi Kormányzótanács Elnöksége 1919. – XXXVII. – 3976.

⁵⁷ A Magyar Vörös Hadsereg 1919. (Die Ungarische Rote Armee 1919). Bp. 1959. S. 392–393. (HIL M. Tan. Közt. iratai. 55. csomó, 82. szám.) (VHP. 622/190 d. sz.) (Táviratok.)

⁵⁸ A.a.O. S. 393–394. (HIL M. Tan. Közt. iratai. 55. csomó, 122. sz.) (VPH. sz. nélk. – Tisztáz.) und PI Archívum. Forradalmi Kormányzótanács Eln. 1919. – XXXVII. – 3967.

⁵⁹ A.a.O. S. 394–395. (HIL M. Tan. Közt. iratai. 55. csomó. (VHP 624) 6. sz. (Tisztáz.)

⁶⁰ A.a.O. S. 397–398. (HIL M. Tan. Közt. iratai. 55. csomó, 142. sz. (VHP. sz. nélk.) – (Táviratmásolat.) und PI Archívum. Forradalmi Kormányzótanács Elnöksége. 1919. – XXXVII. – 3967.

⁶¹ PI Archívum. Forradalmi Kormányzótanács Elnöksége. 1919. – XXXVII. – 3967.

⁶² A.a.O.

⁶³ A.a.O. Ágoston Gyűjtemény. 689. f. 12. dosszie. Ágoston 1919. november 19-i ügyészégi vallomása (Ágoston's Aussage vor der Staatsanwaltschaft am 19. November 1919.).

⁶⁴ Julier, F.: Ellenforradalmi lélekkel a Vörös Hadsereg élén (Mit gegenrevolutionärem Geist an der Spitze der Roten Armee). Magyarság 10. Juli 1927.

- ⁶⁵ Böhm, V.: gen. Werk, S. 425.
- ⁶⁶ Julier, F.: gen. Werk.
- ⁶⁷ Kassai Munkás 22. Juni 1919. A szlovák Kormányzótanács megalakulása (Konstituierung des Slowakischen Regierungsrats); Népszava 20. Juni 1919. A tót tanácsköztársaság szervező munkája (Die organisatorische Arbeit der Slowakischen Räterepublik); Vörös Újság 20. Juni 1919. Szervezik a tót Vörös Hadsereget (Die Slowakische Rote Armee wird organisiert); a.a.O. 24. Juni 1919. Tiltakozó Népgyűlés Kassán (Protest-Volksversammlung in Kassa). — Am 23. Juni war in Losonc eine mächtige Volksversammlung (Barsamegyei Népszava 29. Juni 1919.) usw.
- ⁶⁸ MMTVD Bd. 6/B. S. 229–330.
- ⁶⁹ L. Nagy, Zs.: gen. Werk, S. 175.
- ⁷⁰ MMTVD Bd. 6/B. S. 359.
- ⁷¹ PI Archivum. Forradalmi Kormányzótanács Elnöksége. 1919 – XXXVII. — 3967.
- ⁷² A.a.O.
- ⁷³ PI Archivum. Forradalmi Kormányzótanács üléseinek jegyzőkönyve. 1919. június 27. 601. f. l. cs. 25. öe.
- ⁷⁴ Hírossik J. — Török, G.: Szlovenszko kiürítése (Die Räumung der Slowakei). Párisi Munkás 25. März 1928.
- ⁷⁵ Kun, B.: A Magyar Tanácsköztársaságról (Über die Ungarische Räterepublik). München, F.: Előszó (Vorwort). Kossuth. 1928. S. 26.
- ⁷⁶ Böhm, V.: gen. Werk, S. 425.
- ⁷⁷ MMTVD Bd. 6/B. S. 367.
- ⁷⁸ Siehe: Hírossik: gen. Werk.
- ⁷⁹ MMTVD Bd. 6/B. S. 367.
- ⁸⁰ A Magyar Vöröshadsereg (Die Ungarische Rote Armee) gen. Werk, S. 411–412. (HIL) M. Tan. Közt. iratai. 55. csomó (VHP. 629/3. hdm. sz.) — Eredeti tisztázat.
- ⁸¹ Den Stoff der Sitzung vom 30. Juni siehe: MMTVD Bd. 6/B. S. 370–382.